

Bezugspreis:

Für den Monat April 1923 M. ...

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopiergebühr ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: EW 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 7. April 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., EW 68, Lindenstr. 3

Internationale und Ruhrtyrannei.

Bregenz, 6. April. (Eigener Drahtbericht.)

Das Komitee des Internationalen Sozialistenkongresses ...

Vorher hatte das Organisationskomitee ...

Beschlossen wurde ferner eine Resolution ...

Das Exekutivkomitee der Internationalen Arbeitgemeinschaft ...

Kriegsgericht gegen die Kruppdirektoren.

Essen, 6. April. (Eigener Drahtbericht.)

Vielleicht aber darf man andere Aufklärungen ...

Der französische Offizier mit seinem elf Mann ...

Nachdem das Auto mit den vier Helben ...

Am 9 Uhr hatten sich Tausende von Demonstranten ...

Saachrüden, 6. April. (Eigener Drahtbericht.)

Russische Arbeiterdelegation nach dem Ruhrgebiet.

Moskau, 6. April. (Mit.)

Darf man von der kriegsgerichtlichen Verhandlung ...

vor das Kriegsgericht gehört? Nur der Offizier ...

Die Bestattung der Opfer findet voraussichtlich ...

Drei Jahre statt zwei

Essen, 6. April. (M.T.B.) Der Bürgermeister ...

Am 12. Februar, vormittags 10 Uhr, ging bei ...

Der Vertreter der Anklage legte dem Gericht ...

Banknotendruckerei beschlagnahmt.

Mülheim, 6. April. (M.T.B.) Heute vormittag ...

Protesterledigung durch Zurücksendung.

Münster, 6. April. (Eigener Drahtbericht.)

Birgerbrüd, 6. April. (Eigener Drahtbericht.)

Saachrüden, 6. April. (Eigener Drahtbericht.)

Russische Arbeiterdelegation nach dem Ruhrgebiet.

Moskau, 6. April. (Mit.)

Die blinde Bavaria.

Noch immer sieht F e c h e n b a c h hinter ...

Die bayerische Justiz ist also immer noch ...

Das Blatt schreibt am 10. Februar 1923:

Am 11. Februar 1923 in einer weltpolitischen ...

Am 22. Februar 1923 in einem Artikel, der ...

Mit solchen Männern, Parteien und Zeitungen ...

Dann folgt die fast in jedem derartigen ...

Weiter finden sich in derselben Nummer ...

„Seht sind die „Führer“ dank dem nationalen ...

Eine Glanzleistung vollbringt das Blatt am 28. ...

Nicht darauf kommt es an, immer wieder ...

Auch die höheren Beamten der bürgerlichen ...

Am 3. Februar wurde der „Völkische Beobachter“ ...

„Man redet jetzt viel von den Rechten des ...

Und am 4. März in einer Betrachtung darüber ...

„Die Nachricht, daß der deutsche Reichskanzler ...

Ein Artikel vom 7. März 1923, der sich mit ...

Den Gipfel aller Bejudelungen bilden die ...

„Ich sehe das heutige Reich weder für eine ...

„Ich sehe das heutige Reich weder für eine ...

„Ich sehe das heutige Reich weder für eine ...

„Ich sehe das heutige Reich weder für eine ...

Das alles kann unter den Augen bayerischer Minister, bayerischer Staatsanwälte und bayerischer Richter geredet, geschrieben und gedruckt werden, ohne daß sich auch nur ein Finger rührt. Wohl aber macht man „Landesverrat“, Prozesse von ungeheurer Art, wie der gegen Fischenbach. Und man ist vielleicht nahe daran, im Falle Puttkamer ein ähnliches Denkmal neubayerischer Gerechtigkeit zu errichten, wenn die Gerüchte wahr sind, die sich nach Berlin verirren. Wann wird endlich die Reichsregierung dem bayerischen Ministerkollegium klar machen, daß das Gesetz zum Schutze der Republik in Bayern mindestens dieselbe Geltung hat, wie in anderen Teilen des Reiches, und sicher ebenso in Kraft ist, wie die veralteten Bestimmungen des Strafgesetzbuchs über „Landesverrat“. Oder muß die Regierung des Reiches wirklich vor dem Hittler und seinen stillen Gönnern Kotau machen?

Die Affäre Puttkamer.

Ueber die Verhaftung des linksstehenden Journalisten Franz von Puttkamer und dessen Verwandten erfährt der Sozialdemokratische Parlamentsdienst aus München, daß man Puttkamer unter dem seltsamen „Verdacht“ verhaftet habe, an dem Mord des vor wenigen Tagen tot aufgefundenen Geheimbündlers Bauer beteiligt zu sein. Die bayerische Justiz schöpft diesen „Verdacht“, weil Puttkamer mit Bauer längere Zeit in Verbindung stand, ihn beobachtete und aushorchte. Durch diese Verbindung war die Feststellung möglich, daß Bauer im Ernst die Absicht hatte, Schmidemann zu ermorden. Hieron wurde der Münchener Polizeidirektion Mitteilung gemacht, wo Bauer am 19. Januar seinen Plan, den Kasseler Oberbürgermeister in seiner Heimat zu ermorden, gab, ohne daß die Polizeidirektion etwas gegen ihn unternahm. Puttkamer aber, der diesen Mordplan aufgedeckt hatte, wurde festgenommen, weil man ihn jetzt des Mordes an Bauer verdächtigt, ohne daß hierfür der geringste Anlaß vorhanden ist. Sein Bruder und dessen Verlobte wurden der Freiheit beraubt lediglich, weil sie Angehörige Puttkamers sind.

Im Zusammenhang mit der Verhaftung der Gebrüder von Puttkamer wurde auch der Währiger Kaufmann Edmund Helms verhaftet. Die Münchener Polizei erklärt, mit Rücksicht auf den Gang der Untersuchung vorerst keine Auskunft geben zu können.

Im „Berliner Tageblatt“ gibt dessen Münchener Korrespondent von dem verhafteten Puttkamer dieses Charakterbild:

Es handelt sich um den Münchener Korrespondenten des „Berliner Börsenkuriers“, Franz von Puttkamer, der zusammen mit seinem jüngeren Bruder, einem Studenten, von der politischen Polizei verhaftet worden ist. Puttkamer gehört politisch dem linken Flügel der Demokratischen Partei an. Während der Revolution wurde er von seinen Kameraden in den Münchener Soldatenrat gewählt, stürzte in der Zeit der Räteverwaltung vor den Kommunisten nach Bamberg und wurde nach Wiederherstellung der Ordnung demokratischer Partei sekretär in Schweinfurt. Von dort nach Breslau versetzt, übernahm er hier die Vertretung des „Berliner Tageblatts“ und leitete die deutschen Sache in Oberschlesien wertvolle Dienste. Die Einblicke, die er dabei in gewisse bedeutliche Machenschaften bei den nationalsozialistischen Kadern gewann, trugen ihm einen Haß ein, der ihn auch bei seiner Rückkehr nach München begleitete. In München, wohin er vor Jahresfrist aus privaten Gründen zog, war er zunächst für den „Berliner Börsenkurier“ und für ein deutsches Informationsbüro tätig. Wenn seine Verhaftung von nationalsozialistischer Seite mit der Ermordung des Scheidemann-Attentäters Bauer in Zusammenhang gebracht wird, so könnte das nur in dem Sinne zusammenhängen, daß Puttkamer die Zusammenhänge des Mordes in einer dem Bauer nahestehenden Gruppe gesucht hat. Seit längerer Zeit war er, wie übrigens auch andere linksgerichtete Politiker und Journalisten, geheimer polizeilicher Beobachtung unterworfen. Es fiel in Berufstreue auf, daß er von der Einladung zu dem Reichstagsempfang ausgeschlossen blieb.

Das „Berliner Tageblatt“ sagt diesen Mitteilungen seines Korrespondenten noch aus eigenem die Bemerkung an:

„Herr v. Puttkamer, der uns aus seiner früheren Tätigkeit als unser Korrespondent in Breslau genau bekannt ist, hat sich damals als ein zuverlässiger und gewissenhafter Berichterstatter erwiesen, der der deutschen Sache in Oberschlesien ausgezeichnete Dienste geleistet hat. Nie-

mand, dem die Persönlichkeiten des Verhafteten bekannt ist, wird ihm zutrauen, daß er bemüht zum Schaden des Reiches handeln konnte. Die Bestimmungen über Hochverrat und Landesverrat haben bei den bayerischen Behörden, insbesondere vor den Volksgerrichten, schon wiederholt eine so merkwürdige Auslegung erfahren, daß die deutsche Öffentlichkeit ein dringendes Interesse daran hat, der Angelegenheit ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden.“

Kurt Vogel in Holland.

Der Mörder Rosa Luxemburgs im Staatsdienst.

Vor einigen Monaten hatte unser holländischer Genosse Hugenholz in der Kammer die Anfrage an die Regierung gerichtet, ob es zuträffe, daß der nach Holland geflüchtete deutsche Fliegeroffizier Kurt Vogel, der Mörder Rosa Luxemburgs, an Flugzeugfahrten beteiligt war, die auf Veranlassung des Kolonial- und des Marineministers abgehalten wurden, um die photographische Aufnahme von Küstenstrecken zu erproben. Die Antwort auf diese Anfrage ist von der holländischen Regierung erst jetzt erteilt worden. Wie unser holländisches Parteiblatt „Het Volk“ meldet, trifft es zu, daß Oberleutnant Vogel, der unter dem falschen Namen Kurt Belsen und mit einem falschen Paß im Jahre 1919 nach Holland kam, unter dem falschen Namen Ingen im Dienst des ehemaligen deutschen Majors Diemer die Flugphotographischen Aufnahmen gemacht hat.

Die holländische Regierung behauptet zwar, daß erst, als die Flugphotographischen Aufnahmen sich ihrem Ende näherten, von der Fremdenpolizei gemeldet wurde, Ingen sei in Wirklichkeit Kurt Vogel. Jedemfalls steht aber fest, daß Vogel noch eine Zeilung an den Flügen teilnahm, nachdem bereits offiziell bekannt war, daß er der Mörder Rosa Luxemburgs sei.

„Het Volk“ fragt mit Recht, wie es möglich sei, daß Vogel, der nach seiner Flucht aus Deutschland in Holland interniert wurde, an den von amtlicher Seite unternommenen Flügen teilnehmen konnte. Die holländische Regierung teilt hierüber mit, daß „ordnungsgemäß, da hierfür Gründe als vorhanden angesehen wurden, dem Vogel eine größere Bewegungsfreiheit zugestanden worden ist“. Es erscheint schleierhaft, welche „Gründe“ die holländische Regierung gehabt hat, den Mörder Rosa Luxemburgs, der vom Gericht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde und sich der Verbüßung der Strafe durch die Flucht entzog, mit solcher Rücksicht zu behandeln.

„Het Volk“ nennt die Affäre Vogel mit Recht einen widerlichen Skandal und richtet die Frage an die Regierung, ob Vogel wieder interniert sei oder immer noch frei herumlaufe. Auch die deutsche Öffentlichkeit hat ein Interesse an der Aufklärung dieser Angelegenheit. Vogel ist seinerzeit unter Beihilfe verschiedener amtlicher Stellen aus dem Gefängnis befreit, mit falschen Papieren versehen und über die Grenze geschickt worden. Seitdem ist er für die deutschen Behörden „unauffindbar“ gewesen. Es wäre von Interesse zu erfahren, welche Schritte die Regierung zu unternehmen gedenkt, um den wegen eines gemeinen Verbrechens verurteilten Vogel der ihm auferlegten Strafe zuzuführen.

Die Heke gegen die Brotversorgung.

In letzter Zeit ist in wiederholten Zeitungsveröffentlichungen, insbesondere auch in einem unter der Ueberschrift „Reichsernährungsminister und kommende Ernte“ von Herrn v. Rahrer-Bohrtz in der Nummer 154 der „Deutschen Tageszeitung“ vom 4. April 1923 erschienenen Artikel als produktionshindernder Umstand für die kommende Getreideernte die Nachveranlagung zur Getreideumlage für das Jahr 1922/23 bezeichnet und diese als durch einen Erlaß des preussischen Staatskommissars für Volksernährung vom 19. Februar 1923 veranlaßt hingestellt worden.

Abgesehen davon, daß die Nachveranlagung nicht durch den genannten Erlaß geschaffen, sondern im § 4 Absatz 5 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 vorgeschrieben ist, entspricht, wie dem Amtlichen Preussischen Presse-

dienst von zuständiger Stelle geschrieben wird, die Behauptung, daß eine Nachveranlagung „vieltausendfach“ vorkommt, nicht den Tatsachen. Bereits in der preussischen Ausführungsanweisung zum Umlagegesetz ist darauf hingewiesen worden, daß Nachveranlagungen nach Möglichkeit zu vermeiden seien und daß die Kommunalverbände deshalb auf die Beschwerdeauschüsse dahin einwirken sollten, daß in der Regel ein Nachlaß über die 5prozentige Kreisreserve hinaus nicht gewährt werde. In den weitaus größten Teilen des Preussischen Preußen ist diesen Richtlinien erfreulicherweise Rechnung getragen worden, so daß die Beschwerdeauschüsse im allgemeinen nicht oder nur unerheblich über die 5prozentige Kreisreserve hinausgegangen sind. In allen diesen Kommunalverbänden ist es durch die den Kreisen nachträglich gewährten Nachlässe ohne Schwierigkeiten möglich gewesen, auch bei geringem Ueberschreiten der 5prozentigen Kreisreserve ohne eine Nachveranlagung auszukommen.

Nur in einzelnen Gebietsteilen sind die Beschwerdeauschüsse unter vollkommener Verkennung ihrer Aufgabe dazu übergegangen, das Umlagegeld der lieferpflichtigen Landwirte ohne Rücksicht auf die Gesamtumlage des Kreises in unverhältnismäßig hohem Grade zu ermäßigen, so daß selbst bei den nicht unerheblich späteren Nachlässen sich eine Nachveranlagung der einzelnen Erzeuger nicht vermeiden ließ. Lediglich in dieser im Verhältnis zur Gesamtheit der Kommunalverbände geringen Anzahl von Kommunalverbänden ist eine Nachveranlagung erforderlich geworden, die natürlich nunmehr für die einzelnen Landwirte eine unerwünschte Belastung darstellt. Keinesfalls ist jedoch durch diese Einzelfälle von nachträglicher Veranlagung ein Produktionsrückgang, der von dem Verfasser des obengenannten Artikels auf 30 Proz. der Gesamtproduktion angegeben wird, zu befürchten.

Fälschungen für Frankreich.

Kassel, 6. April. (Eig. Drahtbericht.) Kurz vor Ostern wurden in Kassel mehrere Personen von der Kriminalpolizei festgenommen, weil sie dem französischen Spionagebureau in Düsseldorf, Reichstr. 7, Nachrichten über angeblich rechtsradikale Organisationen und Verbände in Deutschland überbracht hätten. Diese Nachrichten hatte das Haupt der Gesellschaft, ein gewisser Hans Heinrich Brünig, der unter dem falschen Namen eines Dr. Börner seit längerer Zeit in Wilhelmshafen bei Kassel wohnte, nach dem Muster des Berliner Großhändlers Paul Ansbach frei erdichtet. Aus den aufgefundenen zahlreichen Schriftstücken, die außerordentlich geschickt angefertigt und gefälscht waren, ging hervor, daß Brünig alias Dr. Börner nicht nur die Meldungen erstand, sondern auch den von ihm erfundenen angeblichen Geheimverbänden gefährlich klingende Namen gab, wie „Völkische Kampfbund Groß-Deutschland“, „Deutsche Wehrkraft“, „Sturmabteilung Henmann“, „Hauptgeschäftsstelle der Sturmabteilung“ u. a. m. Seine angeblichen Meldungen, die sich auf die Vorbereitungen eines Rechtszugs bezogen, kamen aus München, Hamburg, Hannover und Berlin. Das den Franzosen in die Hände gefallene Material war geeignet, den Eindruck zu erwecken, als wenn in Deutschland eifrig gegen Frankreich gerüstet würde und als ob Waffen in großer Anzahl vorhanden seien. Bei Brünig wurden etwa 40 falsche Stempel vorgefunden, die er zur Zeichnung seiner Schriftstücke verwendet hatte. Brünig war zuletzt angestellter Mitarbeiter des in Hannover erscheinenden deutschholländischen „Sturm“, dessen Geschäftsstelle er in Kassel leitete. In dieser Stellung hatte er naturgemäß Zutritt zu zahlreichen rechtsstehenden. Mit Brünig, der im Jahre 1900 geboren und von Beruf Kaufmann ist, wurden noch folgende Personen festgenommen: die 1903 geborene Elli Hagemann in Kassel, der 1902 geborene Fritz Baumhuth, Kassel und ein 1892 geborener früherer Schutzpolizeibeamter aus Düsseldorf namens Franz Wambler, der hauptsächlich militärische Spionage betrieb.

August Merges, der frühere Präsident des Preussischen Braunschweig, und die Kommunistin Minna Jahbauer wurden verhaftet.

Deutschland und Memelgebiet. Die deutsche Regierung hat bei der Vorkonferenz durch die deutsche Botschaft in Paris den Antrag gestellt, falls bei den zurzeit zwischen ihr und den Memelländern schwebenden Verhandlungen die Frage der Option von im Memelgebiet ansässigen Personen für Deutschland zur Sprache kommen sollte, zu diesen Verhandlungen hinzugezogen zu werden.

Eine goldene Geschichte.

Von Karl Fischer.

Wenn man etwas ganz Großes und Gutes von jemandem sagen will, dann sagt man ja wohl: er hat ein goldenes Herz, oder: er ist ein goldener Mensch!

So einer war auch Er, der, ach so häufig, Verkannte und so hartnäckig Verbannte in Doorn.

Sein seinem großen, guten Herzen sind im Lauf langer Jahre unendlich viele Geschichten weitergegeben und geglaubt worden.

Die aller schönste aber ist erst dieser Tage infolge eines Zufalls durch ein paar konfessionale Zeitungen gezogen, und weil sie so besonders glänzend ist, muß man sie eine goldene Geschichte nennen.

Diese schöne Geschichte spielt in den Oktobertagen des Jahres 1917.

Man weiß noch, wie es damals war.

Das barbarisch-blutige Ringen war kurz vor dem Ende, unsere Kraft war gebrochen, der Dolchstoß von hinten, na und so, und daß Klagen die sichlichen und lustigeren Lieder der Revolution.

Er aber mit dem weiten Blick, den man immer an ihm bewundern mußte, wußte natürlich alles besser.

Er glaubte mit seinem goldenen Optimismus im goldenen Herzen an den Sieg und hatte sich gewiß schon lange vorher Listenparten mit der fulminanten Inskription: Wilhelm der Siegreiche fertigen lassen.

Indessen Er dachte nicht nur an sich, sondern war auch besorgt für seine stegreichen Generale, für die großen Söhne des Volkes, wie man das damals sehr sinngemäß nannte.

Am diesen Helden im Großen Hauptquartier eine besondere Ehrung zuteil werden zu lassen, hatte Er — und nun kommt die goldene Geschichte — bei einer bekannten Berliner Juwelierfirma hundert goldene Feldflaschen, mit seinen Initialen geschmückt, bestellt.

Man denke: hundert massiv goldene Feldflaschen, das heißt doch noch ein wahrhaft köstliches Geschenk, das so recht sinnfällig und geschmackvoll der Zeit Ausdruck gab, in der man damals lebte.

Diese hundert goldenen Feldflaschen sind so ganz das Symbol der Sorgen, die man im Großen Hauptquartier hatte, jener Sorgen, die immer mit den Sorgen des hungernden Volkes sympathisierten!

Und man denke, wie schön und schmeck es den lieben Ludendorff gelassen, wenn man ihm so ein goldenes Ding umgebaut hätte.

Denn daß die erste dieser goldenen Feldflaschen den Weg zu Ludendorff gefunden hätte, ist doch so sicher wie das Amen in der Kirche.

Aber leider kam alles anders.

Die Revolution kam, und die Kaffolousien wurden vor dem Großen Hauptquartier heruntergelassen. Er riß aus nach Holland, und auch die anderen Helden des Großen Hauptquartiers bekamen das Rennen, und der liebe Ludendorff ließ nach Schweden.

Ohne goldene Feldflasche, denn die bestellten goldenen Flaschen hatte Er ganz vergessen.

Aber die Juwelierfirma hatte sie nun mal in Arbeit und machte sie auch fertig und dachte nicht an die Reichsbank, wohin das Gold doch eigentlich gehörte.

Denn, mein Gott, Er, der einst den Spruch geprägt und propagandiert: das Gold gehört in die Reichsbank! hatte ja auch nicht daran gedacht.

Die Juwelierfirma wollte indessen auch etwas haben für ihre Mühe und Arbeit, und wenn sich ein Leckhaber fand — es laufen ja noch genug Leute herum, die in die schöne vergangene Zeit verlost sind — der genügend Geld für eine so „teure“ Reliquie aufbrachte, konnte er eine goldene Feldflasche kaufen.

Das hatte nun auch ein Kaufmann aus Charlottenburg getan. Bei dem fand die Polizei die goldene Flasche mit den kaiserlichen Initialen, und sie glaubte ihm nicht die Geschichte, die er erzählte, sondern hielt ihn für verrückt und konfiszirte die goldene Flasche.

Ueber derartige Mißgriffe einer republikanischen Polizei darf man sich natürlich nicht wundern. Die frühere königliche Polizei hätte selbstverständlich volles Verständnis für solche monströsen Abnormitäten gehabt.

Die als Kronzeuge zitierte Juwelierfirma befreite den Kaufmann von schmähhlichem Verdacht.

Vielleicht muß man in diesem Mißgeschick des Kaufmanns so etwas wie den Fluch des Goldes sehen.

Aber es hätte noch viel schlimmer kommen können; und die von ihm so häufig schwer mißhandelte Kunst wäre sicher der leidende Teil gewesen.

Wer blüht dafür, daß der Sieg uns nicht auch ein Bild des Hofmalers gebracht hätte von der goldenen Feldflasche, aus der Er einem verwundeten Soldaten zu trinken gibt?

Und auf diesem Bild hätte man sicher die Kugeln und Kanonenstücke und Schrapnell nur so ihn umschwirren sehen. Ihn hoch zu Ross, den Feldmarschallstab in der Hand, und unter dieses schöne Bild hätte man geschrieben: Der Kaiser auf dem Schlachtfeld!

Aber der liebe Gott hat es diesmal gut gemeint mit der deutschen Kunst und das ist schöner und goldener als die goldene Geschichte von der goldenen Feldflasche.

Lord Carnarvon. Es ist nicht ohne Trost, daß der Entdecker des in den letzten Monaten sozial genannten Königsgrabes bei Luxor gerade in einem Augenblick starb, in dem ihm als Lohn unermüdlicher siebenjähriger Forscherarbeit unzahlter Erfolge und Belohnungen zugestanden war. Sprech eines alten englischen Adelsadelichen, hatte sich Lord Carnarvon erst sehr spät, im Jahre 1914, der Ägyptologie zugewandt, nachdem erfolgreiche Ausgrabungen eines Amerikaners bei Luxor seine Aufmerksamkeit erregt hatten. Dank seinem gewissenhaften Bemühen war er imstande, den ägyptischen Antiquitäteninspektor, den Engländer Howard Carter, der

vordem die Ausgrabungen des Amerikaners geleitet hatte, ganz in seine Dienste zu nehmen und mit ihm sehr umfangreiche und systematische Grabungen im sogenannten Tal der Könige auf der anderen Seite des Nils gegenüber Luxor zu betreiben. Das Glück war ihm hoch, und es gelang ihm, das Grab von Tut-ankh-Amen aufzufinden, dessen endgültige Entdeckung und Durchforschung, die ja auf den nächsten Herbst verschoben werden mußte, er nicht mehr erleben sollte. Auch wenn man die bisher veröffentlichten Berichte über das Königsgrab aller sensationellen Zutaten entseufelt, bleibt der Fund zweifellos einer der bedeutungsvollsten, die je in den Felsengräbern des uralten Nillandes gemacht worden sind. Nur schwer vermag sich der Fernstehende ein Bild von den Mühen zu machen, die mit diesen ägyptischen Ausgrabungen verknüpft sind. Das Land, in dem sie stattfinden, ist ausgeblüht von der glühenden afrikanischen Sonne; kein Baum, kein Strauch mildert in dem östlich unfruchtbaren Steingeröll die sengende Hitze; Vegetation entwickelt sich nur da, wohin während der Dauer der Nilüberschwemmung die befeuchtenden Fluten dringen. Es ist eine in ihrer Einsamkeit bestemmende, östlich tote Stein- und Felsenwelt, und der Schutz der Jahrtausende hat die Zugänge zu den Felsengräbern der Pharaonen völlig unkenntlich gemacht. Nachts kühlt ein wirres Geröl, wohin der Fuß tritt, und wo Art und Spalten der Felsflächen nach den Anweisungen der Archäologen die Geheimnisse einer seit Jahrtausenden verunkenteten Wunderwelt wieder ans Tageslicht zu bringen sich bemühen.

Ein Mantel aus der Bronzezeit. Leckbende Landleute fanden in einem Moor bei Stara in Schweden einen halben Meter unter der Oberfläche einen langen Wollmantel von außerordentlich hohem Alter. Eingehende Untersuchungen von Montelius, Stachosin und Kossinna, Berlin, ergaben, daß das Kleidungsstück, wie A. Lebus in der „Umschau“ mitteilt, wahrscheinlich drei bis vierhundert Jahre an seiner Fundstätte geruht hat. Der schwedische Staatsgeologe Dr. A. von Post hat mikroskopische Studien an den Faserstücken gemacht, von denen der Mantel bedeckt war, und er ist dabei ebenfalls rechnerisch auf das angegebene Alter gekommen. Man weiß, daß Moor konservierende Eigenschaften hat; daraus erklärt sich die gute Erhaltung des Kleidungsstückes, das in seinem breiten Faltenwurf durchaus modern aussieht und an einen großen Havelod erinnert. Wer mit dem Mantel bekleidet in Hamburg oder Berlin bei Schneewetter über die Straße ginge, würde in keiner Weise auffallen. Und doch war sein ursprünglicher Besitzer wahrscheinlich ein Zeitgenosse hammurabis, des Königs von Babylon, und des Erzpaters Abraham. Als der Mantel gewebt wurde, existierten weder Rom noch Karthago, und die Germanen hatten die Skandinavische Halbinsel noch nicht verlassen.

Königswasserhausen, die größte Köhlerstation der Welt. Obgleich die drahtlose Telegraphie und Telephonie bei uns noch nicht den Aufschwung genommen hat wie in den angelsächsischen Ländern, so ist doch das innerdeutsche Funknetz nach dem Kriege in großzügiger Weise ausgebaut worden. Die Hauptstationen sind jetzt die früheren militärischen Stationen Königswasserhausen. Das hier innerhalb weniger Jahre eine großartige Anlage geschaffen worden ist, geht aus dem Urteil eines bekannten amerikanischen Funkmannes für drahtlose Telegraphie Lee de Forests hervor, das in der „Umschau“ erwähnt wird. Der Gelehrte äußerte sich nach einer Stu-

Volksparteiliche Seitensprünge.

Die Deutsche Volkspartei ist in Preußen Regierungspartei innerhalb der großen Koalition, worauf sich die Führung der Partei und vor allem auch ihre Anhänger draußen im Lande stets sehr gut befinden, wenn es gilt, Rechte in Anspruch zu nehmen. Aber eine Koalitionspartei übernimmt, wie der Sozialdemokratische Parlamentsdienst mit Recht hervorhebt, auch Verpflichtungen gegenüber den anderen Regierungsparteien. Dessen ist man sich jedoch, ganz besonders in der Zentrale, bei der Ernennung von Beamten nicht bewußt. Das parlamentarische System bedingt, daß eine große Zahl politischer Beamter den Parteien der Regierung entnommen werden, weil es nicht angeht, daß die Mehrzahl dieser für die Politik der Regierung verantwortlichen Beamten der Opposition, sei es der deutschnationalen oder der kommunistischen, angehören. Die Deutsche Volkspartei hat noch keine Gelegenheit verpaßt, wo es sich darum handelte, Ansprüche auf Befehung eines solchen Amtes durch einen ihrer Anhänger zu erheben.

Demgegenüber erleben wir aber immer wieder, daß in einzelnen Provinzen die Volksparteier zur deutschnationalen Opposition abgewandelt sind, wenn ein Amt durch einen Sozialdemokraten besetzt werden soll. Das war vor kurzem der Fall im Rheinland, als Genosse Kaufmann zum Regierungspräsidenten in Koblenz ernannt werden sollte, und jetzt haben deutschnationale und Volkspartei gemeinsam Einspruch gegen die kommissarische Bestimmung eines Genossen, des Ministerialrats Krüger, zum Regierungspräsidenten in Lüneburg erhoben. Dabei ist die kommissarische Ernennung durch die preussische Regierung erfolgt, in der die Deutsche Volkspartei zusammen mit den Sozialdemokraten, nicht mit den Deutschnationalen, sitzt.

Der Grund für das Verhalten der Lüneburger Volksparteier ist lediglich darin zu suchen, daß Krüger Sozialdemokrat ist. Denn gegen eine sachliche Eignung sind gar keine Einwendungen zu machen und auch nicht gemacht worden. Krüger ist tatsächlich ein außergewöhnlich tüchtiger Beamter; er hat die Beamtenaufbahn schon unter dem alten Regime eingeschlagen und ist der Sohn eines früheren Ministers eines mitteldeutschen Bundesstaates. Was die volksparteiliche Opposition in Lüneburg verursacht, ist lediglich die Tatsache, daß er Sozialdemokrat ist.

Gefährdet es den Zentralinstanzen der Volkspartei nicht, ihre Anhänger rassistisch besser zu erziehen und erteilen sich immer wieder Fälle der gekennzeichneten Art, so darf sich die Volkspartei über mögliche Folgewirkungen nicht wundern.

Die Protokolle des Vollzugsrats.

Wann wird Richard Müller sie herausgeben?

Richard Müller, weiland Vorsitzender des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte, hat vor wenigen Tagen mitteilen lassen, daß er an einer Geschichte der deutschen Revolution arbeite, für die er die Protokolle des Vollzugsrats benutze. Hierzu sei folgendes bemerkt:

In der letzten Sitzung des Vollzugsrats, die am Abend vor dem ersten Rätekongreß stattfand, wurde beschlossen, daß nach erfolgtem Ausschreiben der Protokolle je ein Exemplar dem Archiv der Sozialdemokratischen Partei und dem Archiv der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei übergeben werden sollte. Die Kommunisten waren am Vollzugsrat beinahe nicht beteiligt. Diesen Beschluß des Vollzugsrats wurde nicht entsprochen. Richard Müller ging zur kommunistischen Partei über. Er scheint, wenn die in der Deffektivität gemachten Angaben zutreffen, noch im Besitz der Protokolle zu sein, die übrigens niemals von den Beteiligten befragt worden sind. Außerdem fehlt bisher auch jede Feststellung darüber, ob die Protokolle vollständig erhalten sind. Gedient Herr Richard Müller dem Beschluß des Vollzugsrats nicht endlich nachzukommen und ein Exemplar dem sozialdemokratischen Parteiarchiv zuzustellen?

dienreise durch Deutschland folgendermaßen: „Ich war erstaunt, festzustellen, daß Deutschland uns in mancher Beziehung in der Entwicklung der drahtlosen Telegraphie überflügelt hat. Besonders erwähnenswert ist die Regierungsjubiläum bei Königs-Winterhausen. Sie hat 11 Sendeapparate, die gleichzeitig in Betrieb sind; etwas Ähnliches gibt es in den Vereinigten Staaten nicht. Königs-Winterhausen hat zehn KW-Röhrensender und ist die größte Röhrenstation der Welt, die größere ob bessere Sender hat als wir jemals in Amerika herzustellen vermochten, obwohl wir sie erfinden haben.“

Die Göttin Isis als Poeträtfigur. Durch Tausch, das heute beste Bewerbmittel unserer staatlichen Kunstsammlungen, ist jetzt die ägyptische Abbildung der Berliner Museen in den Besitz einer kostbaren Bronzeplastik aus dem alten Ägypten gekommen. Es ist eine sitzende Isis, die einstmalig ihrer Horusknaben auf dem Schoß hielt, um ihm die Brust zu reichen, doch sind ebenso der Knabe wie die beiden Arme der Göttin verlorengegangen, da sie besonders angelegt waren. Im übrigen aber ist das kleine Werk gut erhalten. Die Göttin trägt die Geierhaube der Königinnen und darüber mit einem Kranz von Königsschlangen die Hörnerkrone mit der Sonnenscheibe, die aber heute fehlt. Körper und Gesicht der hervorragend schönen Göttin bieten besondere Reize. Das Gesicht ist, wie Kustos Dr. Scharff in der „Berliner Museen“ schreibt, so persönlich, daß er an ein Bildnis glaubt, und zwar an das einer ptolemäischen Königin, die sich als Stambul ägyptischer Mütterlichkeit darstellen ließ. Im 3. vorchristlichen Jahrhundert ist das reichende Werk entstanden, das noch durchaus im Boden des alten Ägypten wurzelt und nur im Gesicht der schönen Frau an die makedonischen Eroberer der ptolemäischen Zeit denken läßt.

Der verlorene Prozeß. Der Abbé Freguier verlor einen Prozeß, den er 20 Jahre lang mit Eifer geführt hatte. Als er darauf ganz gebrochen war, suchte man ihn zu trösten, indem man ihm sagte, er müsse sich doch die ganze Zeit die größten Sorgen gemacht haben: „Jeden Abend müssen Sie sich doch beunruhigt haben, daß Sie den Prozeß verlieren könnten!“ Gerade das Gegenteil,“ sagte der Abbé seufzend, „ich habe ihn jeden Abend gewonnen.“ Der geistreiche Chamfort erzählte diese Anekdote gern, weil er in ihr den tiefsten Sinn des Lebens erblickte. „So ist es mit allen Dingen,“ pflegte er zu sagen. „Auch mit der Ehe. Man ist darin nur solange glücklich, als man sich einbildet, den Prozeß zu gewinnen, und im selben Augenblick, wo man erkennt, daß man ihn verloren hat, ist das Unglück da.“

Die Ruhrhilfe-Vereinbarung der Bühnengemeinschaft findet am 28. und 29. April in Bonn am Sonntagabend um 7,30 Uhr im Kontrast-Gesellschaftsabend im Casino statt. Das künstlerische Programm wird im großen Saal des Casino und im neuen öffentlichen Casino vorgeführt. Die ersten Ränge der Berliner Theater wirken mit, die Stars der Oper, der Operette, des Cabarets und der Langspiel.

Preussische Musik-Direktion. Am dem letzten Sonntagabend am 8. April um 8 Uhr, im Viktoria-Saal wird Claudio Arrau als Solist mit der Aufführung gelangt u. a. ein Adagio des Konzerts für Klavier und Violine von Heinrich Mendel zum ersten Male. Dirigent: Camillo Hilbrand.

Parlamentarische der freien Delegation. Die Generalversammlung der Delegation hat sich mit großer Majorität gegen die Auflösung des Reiches ausgesprochen.

Die für Frankreich erblante neue Zeit, die als Ersatz der Sommerzeit gelten konnte, wird nicht eingeführt.

Frankreich und die Kommunisten.

Essen, 6. April. (Eigener Drahtbericht.) Das kommunistische „Ruhr-Echo“, das zurzeit nach dem Verbot der „Essener Arbeiterzeitung“ neben dem „Reinen Anzeiger“, einem Ableger der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, als fast einziges Blatt Essens erscheint, bringt in seiner heutigen Nummer eine Enthüllung, die geeignet ist, erhebliches Aufsehen zu erregen. Der Artikel beschäftigt sich zunächst mit den internen Auseinandersetzungen in der KPD, und mit dem kindischen Radikalismus der Berliner Richtung, die durchaus verlangte, daß die Kommunisten im Ruhrgebiet die Befehung der Betriebe durch die Arbeiter proklamieren sollten. Das „Ruhr-Echo“ weist darauf hin, daß diese Parole auch von den linksoppositionellen Kommunisten des Ruhrgebiets einmütig abgelehnt werde und fährt dann wörtlich fort:

„Einige Zeit nach der Befehung des Ruhrgebiets hätten wir leicht die Möglichkeit gehabt, die Betriebe zu besetzen. Von französischer kapitalistischer Seite wurde mehr als einmal die revolutionäre Arbeiterschaft der Vorschlag gemacht und die Hilfe der französischen Bataillon angeboten. Diese Anträge wurden selbstverständlich von unserer Partei mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen.“

Das „Ruhr-Echo“ führte dann sehr richtig weiter aus, daß die Betriebsbesetzung durch die Kommunisten im Ruhrgebiet gar nichts anderes bedeutet hätte, als daß damit für die wirkliche Befehung der Betriebe durch den französischen Militarismus freie Bahn geschaffen worden wäre. Wenn man allerdings die Haltung des „Ruhr-Echo“ gegenüber der Tragödie bei Krupp betrachtet, so findet man nicht, daß das „Ruhr-Echo“ die Reichsregierung, die es erteilt, im eigenen Hause richtig beherzigt; denn das „Ruhr-Echo“ hat die Krupp-Direktoren um desentwillen denunziert, weil sie durch das Ziehenlassen der Sirenen eben das getan hatten, was von den kommunistischen Betriebsräten der Firma Krupp selbst gefordert worden war.

Eine Konstanz Hochverratsaffäre.

Konstanz, 6. April. (Mitt.) Die „Bodenseezeitung“ berichtet: In ein Konstanz Hotel gelangte ein an den Portier gerichteter Brief, auf dem noch eine zur weiteren Beförderung gerichtete Bemerkung: „Liebe 28“ stand. Der Portier achtete dieser weiteren Adresse nicht, öffnete den Brief und fand einen Fragebogen, der Auskunft über die Reichswehr in Konstanz (wieviel Truppen von Konstanz nach Berlin abgezogen worden seien, wieviel Geheimorganisationen vorhanden seien usw.) verlangte. Angeblich wurden 100 Franken nach Beantwortung der Fragen. Die Auszahlung sollte durch das Spionagebureau in Basel erfolgen. In diese Sache sind hauptsächlich die Brüder Wutschke und der Ingenieur Rieß verwickelt. Mehrere Verhaftungen sind erfolgt. Die Untersuchung brachte weiteres Material an das Tageslicht. So wurden bei der Hausdurchsuchung Stempel des „Bundes der Aufrechten“ (so heißt jedenfalls der Titel des Spionagehandels), die in einer hiesigen Fabrik hergestellt waren, gefunden.

Die Gewerkschaften im besetzten Gebiet.

Dortmund, 6. April. (Eigener Drahtbericht.) In Dortmund tagte am Freitag eine Konferenz der freien Gewerkschaften aus dem besetzten Gebiete, in der zu der augenblicklichen Lage Stellung genommen wurde. Ueber die Stimmung in den Kreisen der freien Gewerkschaften unterrichtet folgende einstimmig angenommene Entschließung:

„Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten des Ruhrgebietes sehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Einbruch des französischen und belgischen Militarismus ins Ruhrgebiet mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln des passiven Widerstandes abgewehrt werden muß. Der Kampf wird geführt, um eine Verständigung zu erzielen, welche wirklich die Gewähr eines dauerhaften Friedens bietet. In diesem Kampf lehnt die Konferenz nochmals alle chauvinistischen und nationalistischen Ziele und Bestrebungen ab. An die Arbeiter, Angestellten und Beamten wird die Mahnung gerichtet, an der Ablehnung aller nationalistischen Bestrebungen weiterhin festzuhalten. Gewalttätige Zusammenstöße müssen durch das bewusste Verhalten der Arbeitnehmerschaft vermieden werden.“

Die Konferenz erwartet aber andererseits von der Reichsregierung, daß sie jede sich bietende Gelegenheit benutze, um den Abwehrkampf zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Die Räumung des Ruhrgebietes muß im Vordergrund aller Verhandlungen stehen und als nächstes Ziel erreicht werden. Klare Stellung aller Teile der Regierung zur Verhandlungsfrage wird am besten Gewähr dafür bieten, daß sich die weitesten Volkskreise in diesem Abwehrkampf hinter die Regierung stellen.“

Anlaßlich der Vorgänge bei Krupp wurde folgende Entschließung ebenfalls einstimmig angenommen:

„Die Konferenz der Ortsausschüsse des ADGB, des IFA-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem gewalttätigen Vorgehen der Franzosen gegen die Kruppischen Arbeiter, das mehr als 40 Arbeiter Leben und Gesundheit gekostet hat. Diese neue Gewalttat wird die Arbeiterschaft in ihrem passiven Widerstand gegen die französische und belgische Machtpolitik nur bestärken, zumal sie wiederum zeigt, daß es fast ausschließlich Angehörige der Arbeiterklasse sind, die den Ausschreitungen der Besatzungstruppen zum Opfer fallen. Den Angehörigen der getöteten und verletzten Arbeiter spricht die Konferenz ihr herzliches Beileid aus.“

Zur Raiffeisenfrage wurde darauf hingewiesen, daß dort, wo der 1. Mai gefeiert wird, eine Anmeldeung bei der Besatzung oder die Nachsuchung um Demonstrationen nicht stattfinden soll.

Aus den Trierer Landen.

Von einem ausgewiesenen Parteisekretär wird uns geschrieben: Für uns, die wir in der Trierer Gasse wohnen, war zu Beginn der Ruhrkrisis klar, daß wir manchen harten Strauß auszuhalten haben. Dort, wo das Einfallstor der Franzosen ist, gaben sie sich alle Mühe, das Eisenbahnnetz in Gang zu halten. Die vierjährige Besetzung und mit dieser verbunden die systematische Bearbeitung der Bevölkerung im französischen Sinne haben aber nicht im geringsten die Widerstandskraft der Deutschen zu brechen vermocht.

Die Einmütigkeit zeigte sich anlässlich der ersten Ausweisungen. Ein 15tägiger Proteststreik war das erste Aufwallen gegen den fremden Druck. Es folgte der kleine Belagerungszustand und berittene Epahls kauderz die Straßen. Versammlungen und Zusammenkünfte der politischen Parteien wurden verboten. Die Presse getrieben. Die französische Vertretung der Rheinlandkommission war erkannt, daß der Widerstand täglich geschlossener, fester wurde. Trotz des großen Spiegelapparats, der den Franzosen zur Verfügung steht, ist es ihnen nicht gelungen, den Abwehrwillen zu brechen.

Der Eingriff in das Bahnwesen hatte zur Folge, daß die Eisenbahnen des ganzen Direktionsbezirks die Arbeit unter Bataillon verweigerten. Seit zwei Monaten ruht nun der gesamte Verkehr. Dort, wo aus dem Ertranger Bahnhof täglich Dutzende Koffzüge nach Frankreich rollen, wo Tausende fleißiger Hände in Eisenbahnwerkstätten und Maschinen usw. in Ordnung gehalten, ist nun alles still. Radikalität richtete der Franzose einen ganz beschränkten Verkehr ein, jedoch ist bei dem Unvermögen der Franzosen damit zu rechnen, daß innerhalb weniger Wochen kein Zug mehr durch die Eisenbahn nach Frankreich verkehren wird. Jetzt schon klappern die Maschinen, als wären sie aus ausrangierten Beständen entnommen. Mit jedem Tage steigt die Repressivität

der sogenannten französischen Eisenbahnerregie, und verbissene Bitterkeit spiegelt sich in den Befehlen und Aufforderungen an die deutschen Eisenbahner. Zu Duzendern wird man Eisenbahner aus den Dienstwohnungen, vertriebt die Leute mit Familie aus der Heimat. Die Zurückbleibenden lassen sich nicht irre machen. Ohne jede Verhandlung wächst der persönliche Widerstand und ein jeder ringt gegen die französische Aktion.

Die Bahnsperrung erschwert freilich die Versorgung der Bevölkerung mit Bedarfsartikeln. Auch die Industrie und der Handel leiden. Aber damit war zu rechnen und niemand murrte. Die Landstraßen von Köln und Koblenz nach Trier sind voll von allen erdenklichen Transportmitteln. Auch die Mosel ist fast mit Schiffen belegt.

Hat die Arbeiterklasse ihre Pflicht getan? Ja, mit Stolz stellen wir das fest! Wohl hat die Parteileitung dafür Sorge getragen, daß jede nationalistische Welle niedergehalten wurde. Es war ein solch gutes Einvernehmen zwischen Parteileitung und den Führern der wirtschaftlichen Organisationen, daß mit Beiläufigkeit die von fast allen Beamten entlassenen Behörden zu jeder Zeit angereifene Unterstützung fanden.

Der Kampf, der den immer stärker werdenden Druck verspürte, glaube nun mit Ausweisungen die Partei und die Gewerkschaften müde machen zu können. Der Parteisekretär und drei Gewerkschaftsführer wurden verhaftet und ohne daß sie ihre persönlichen Angelegenheiten regeln konnten, ins unbesetzte Gebiet ausgewiesen. Damit hat der Franzose erlitten nichts erreicht und zweitens kein wahres Gesicht gezeigt. Die Arbeit wird doch gemacht, und zwar so lange, als noch ein einziger Klassenbewußter Arbeiter im Trierer Bezirk ist.

Der Kampf an der Ruhr und am Rhein geht weiter, auch wenn nach soviel Brutalität angewandt wird. Die Arbeiterklasse ist Führerin in diesem Kampf. Möge sie es bleiben.

Ludwigshafen, 6. April. (Mitt.) Von den Ausweisungen pfälzischer Eisenbahner aus dem Direktionsbezirk Ludwigshafen entfallen auf Kaiserlautern 14, Landau 17, Zweibrücken 14, Neustadt 6, Landstuhl 3, Schifferstadt 1, Wenden 2, zusammen 57. Die Ausgewiesenen gehören meist dem mittleren Eisenbahndienst an. Bei den Ausweisungen wurde vielfach mit der bekannten empörenden Rücksichtslosigkeit verfahren. Bei der Abfuhr der Ausgewiesenen am rechten Rheinufer wurden alle nochmals einer Leibbespitzung unterzogen, wobei einzelnen die letzten Reste von Tabak und Zigarren abgenommen wurden. Der Transport vollzog sich unter besonders starker Bedeckung.

Der Rücktritt Brantings.

Stockholm, 6. April. (Eig. Drahtbericht.) Die zurückgetretene Regierung Branting bestand ausschließlich aus Sozialdemokraten, da die Liberalen und die Rechte nach den Wahlen von 1921 nicht in der Lage waren, allein oder zusammen zu regieren. Eine Beamtenregierung wurde damals auf Grund schlechter Erfahrungen von früher nicht gebildet. Dem Rücktritt des Kabinetts liegt folgender Tatbestand zugrunde: Bei den großen Ausparierungen, besonders im Bergbau, erhalten viele Arbeitstagen seit Wochen die Unterfühlung nicht; die Entziehung wird damit begründet, daß sie sich in einem Konflikt befinden und infolgedessen einen Anspruch auf Unterstützung nicht hätten. Die Regierung beabsichtigt, dieser Ungerechtigkeit ein Ende zu machen, und sie legte deshalb dem Reichstag neue Richtlinien für die Arbeitslosenunterstützung vor. Von vornherein machte sie die Ablehnung dieser Richtlinien zur Kabinettsfrage. Die Zweite Kammer nahm den Entwurf der Regierung bei der ersten Beratung an, dagegen lehnte ihn die Erste Kammer ab. Nach diesem Ausgang machte der betreffende Hochauschuß einen Kompromissvorschlag, der auch die Regierung und die sozialdemokratische Fraktion befriedigte. Die Erste Kammer lehnte aber am Donnerstag auch diesen Vorschlag ab, so daß die Regierung sich gezwungen sah, aus diesem Verhalten ihre Konsequenzen zu ziehen. Der König ist gegenwärtig zur Erholung in Italien. Die Regierungskrisis wird deshalb eine schnelle Erledigung nicht erfahren. Da die parlamentarischen Verhältnisse noch genau die gleichen sind wie nach den Wahlen im Jahre 1921, ist anzunehmen, daß in der Zusammenfassung der Regierung eine wesentliche Veränderung nicht vorgenommen wird.

Stockholm, 6. April. (Mitt.) Der Rücktritt des Kabinetts wird in der Presse lebhaft besprochen. Von sozialdemokratischer Seite wird erklärt, daß die Konservativen und die Liberalen die Verantwortung für den Rücktritt des Kabinetts trifft. Die sozialdemokratische Presse bezeichnet einstimmig die Ablehnung des Auswahlantrages in der Frage der Arbeitslosenunterstützung als Herausforderung. Von konservativer Seite begrüßt man allgemein die Demission als eine erleichternde. Die liberalen Blätter heben hervor, daß tiefgehende innerpolitische Gründe für den Rücktritt des Kabinetts vorhanden sein müssen. Ein rein liberales Kabinetts scheint der „Göteborg Handelstidning“ weniger wahrscheinlich als eine rein konservative Regierung, und beide Möglichkeiten seien weniger wahrscheinlich als ein Koalitionsministerium, in dem sowohl Konservative wie Liberale und Bauernbündler Sitz erhalten würden.

Rache für Butkiewicz.

An den polnischen Juden!

Warschau, 6. April. (Mitt.) Gestern kam es anlässlich der Demonstrationen gegen die Erschießung des Prälaten Butkiewicz zu antisemitischen Ausschreitungen. Junge Leute, meistens Studenten und Schüler, drangen in einige hauptsächlich von Juden besuchte Cafés ein und zerschlugen auf den Köpfen der Besucher das Geschirr. Es soll dabei ein Schaden von annähernd 20 Millionen Mark angebracht worden sein. Danach zogen die Demonstranten vor die Redaktion des „Kurjer Poranny“ und „Przeglad Wieczorny“ und zerschlugen dort eine Fensterscheibe im Werte von 5 Millionen. Ebenso kam es zu Exzessen vor dem Café „Polonia“ in der Wielansta-Straße, das der Sitz der schwärzen Börse sein soll. Bei den Ausschreitungen sind über 40 jüdische Straßenpassanten zum Teil schwer verwundet worden.

Lebt Butkiewicz noch?

Warschau, 6. April. (Mitt.) Wie die Sowjetvertreter in Warschau jetzt offiziell mitteilen, haben sie bisher aus Moskau noch keine Bestätigung der Erschießung des Prälaten Butkiewicz erhalten. Alle anderen tendenziösen Berichte seien erlogen.

Generalstreik in Memel.

Memel, 6. April. (Mitt.) Die Gewerkschaften haben für heute mittag 12 Uhr den Generalstreik proklamiert, nachdem die Antwort des Vertreters des litauischen Oberkommissars auf eine Reihe an ihn gerichteter Forderungen wirtschaftlicher und politischer Art bei der Abstimmung in den Betrieben als unbefriedigend erklärt worden war. Die Forderungen betrafen u. a. die Ausweisungen aus dem Memelgebiet, die Wiederherstellung der Versammlungs- und Pressefreiheit, die Verbilligung der Lebenshaltung, die Ermäßigung der Bahngebühren und den Gebrauch der deutschen Sprache bei der Beantwortung deutscher Eingaben an die Behörden.

Gewerkschaftsbewegung

Marktstabilisierung und Gehaltsregelung.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium.

Die B.S.-Korrespondenz meldet: Unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Schlieben begannen gestern nachmittags die Verhandlungen über die Frage, ob unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen eine Aufbesserung der Beamtenegehälter und Reichsarbeitervöhne möglich sein wird. Den Verhandlungen sind Vorbereitungen der Gewerkschaften vorausgegangen, an denen der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Beamtenbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring und der I.F.A.-Bund teilgenommen haben. Es war beabsichtigt worden, der Regierung eine möglichst einheitliche und geschlossene Forderung zu überreichen, doch gingen die Wünsche der einzelnen Spitzenorganisationen ziemlich weit auseinander. Der ADGB nahm eine etwas gemäßigtere Haltung ein, während die anderen Organisationen auf dem Standpunkt beharrten, daß eine Lohnregelung entsprechend dem Steigen der Indexpfizer vorgenommen werden müsse, wobei auf die Lage der durch die Vorkrisen in eine schwierige Lage gekommenen Staatsbediensteten Rücksicht zu nehmen sei. Das Problem wurde noch kompliziert durch den Ruheinzustand, da für die Beamten und Arbeiter in den besetzten Gebieten selbstverständlich in stärkerem Maße gesorgt werden muß als für die im unbesetzten Deutschland. Bei Vorbereitungen mit den Vertretern des Reichsfinanzministeriums war deshalb der Vorschlag gemacht worden, die Vorschlagszahlungen stufenweise zurückzuführen, auf der anderen Seite wurde aber von einzelnen freigewerkschaftlichen Organisationen verlangt, daß die Vorauszahlungen als einmalige Beihilfe betrachtet und deshalb ganz gestrichen werden sollten. Diese Fragen wurden in den gestrigen Besprechungen sehr ausführlich ventiliert. Von Regierungsseite wurde darauf hingewiesen, daß eine allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter Rückwirkungen auf das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands haben würde, die im schroffen Gegensatz zur Marktstabilisierung und der angestrebten Preislenkung stehen würden. Bewußt seien die Schwierigkeiten in dem jetzigen Ubergangsstadium für alle Kreise, nicht nur für die Arbeitnehmer, sehr groß, doch würde eine allgemeine Lohnheraufsetzung auch ein neues Anziehen aller Warenpreise bedeuten.

(Die Verhandlungen dauern bei Schluß des Berichtes fort.)

Schiedspruch für die Tabakindustrie.

Ueber die Lohnbewegung zur Festlegung der Aprillöhne in der Tabakindustrie meldet uns ein eigener Drahtbericht aus Bremen folgendes: In der Tabakindustrie kam es in den Verhandlungen am 24. März zu keiner Einigung, da die Unternehmer jede Lohn-erhöhung ablehnten. Der von beiden Parteien angeregte Schlichtungsausschuss in Minden hat den Arbeitern eine Erhöhung der Märzlöhne um 15 Proz. zugesprochen. Bis zum 10. April müssen sich beide Parteien über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches entscheiden haben. Die Tabakarbeiter haben dem Schiedspruch zugestimmt. Ohne mündliche Verhandlungen kam es in der Kautabakindustrie zu einer Verständigung. Für April wurde eine Erhöhung der Märzlöhne um 10 Proz. vereinbart. In der Rauch- und Schnupftabakindustrie sollen die von den Arbeitern beantragten Verhandlungen am 11. April in Heidelberg stattfinden, während in der Zigarettenindustrie und in der Roh- tabakbranche die Löhne örtlich und bezirklich eingeteilt werden.

Die Herrenwäschneider zum Lohnabkommen.

Eine gut besuchte Versammlung der Herrenwäschneider der Groß-Berlins am Donnerstagabend im „Deutschen Hof“ nahm den Bericht des Branchenleiters Faustmann über die am 20. März in Jena für den Deutschen Bekleidungsarbeiterverband geführten Lohnverhandlungen entgegen. Das Resultat der Verhandlungen ist bereits im „Vorwärts“ veröffentlicht worden. Nach dem Abkommen ist Berlin das bisher tariflich in der ersten Städtegruppe stand, in die zweite Städtegruppe eingereiht worden. Hierdurch ist der Lohnsatz um 140 M. niedriger als in der ersten Städtegruppe und beträgt jetzt 1460 M. (Qualitätsarbeiter erhalten für besondere Leistungen noch einen Zuschlag von 5 Proz.). Das Abkommen gilt ab 18. März bis auf weiteres bei 10tägiger Kündigung. Bei der Verhandlung in Jena ist auch ein neuer Mantelwarsch angenommen worden, der aber den Wünschen der Berliner Kollegen nicht entspricht. Der Redner legte den Versammelten ans Herz, nicht unter den tariflichen Bedingungen zu arbeiten und keine Ueberstundenarbeit zu leisten, damit die Arbeitslosigkeit nicht noch weiter gesteigert werde. Schließlich empfahl er die Annahme einer Resolution, in der gegen die Verletzung Berlins in die zweite Städtegruppe protestiert wird und von der Zentralleitung Schritte behufs Jurisdiktionsprüfung in die erste Städtegruppe verlangt werden. Ferner bedauert die Resolution die Annahme des neuen Mantelvertrages und erklärt, daß der Heimarbeitersatz von 10 Proz. nicht mehr den wirklichen Auslagen entspreche. Sie erklärt weiter, daß von den Arbeitgebern, namentlich der Ortsgruppe Berlin des „Adas“, bei den letzten Verhandlungen bewiesen sei, daß sie starke Konjunkturpolitik treiben, und verlangt schließlich von der Zentralleitung des Verbandes, alle zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um das bei den letzten Verhandlungen Versäumte wieder gutzumachen. — Nach längerer Aussprache wurde diese Resolution mit einer zweiten angenommen, die in einer etwas schärferen Tonart die gleiche Forderung an die Zentralleitung stellt.

Lohnregelung der Kellerarbeiter.

Der Deutsche Verkehrsband, Abteilung Transportarbeiter, hatte für die in den Weingroßhandlungen und Filialbetrieben beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, Kutcher und Kraftwagenfahrer bezüglich der Löhne für die Zeit vom 18. März bis 15. April dem Arbeitgeberverband der Getränkeindustrie und verwandter Gewerbe von Groß-Berlin G. V. mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf die immerhin noch spürbare Steigerung verschiedener Lebensmittel und Bedarfsartikel eine Ausgleichszulage erforderlich sei. Angeboten wurden nur 60 000 M. pro Woche. Dieses geringe Zugeständnis wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt.

Der Deutsche Verkehrsband hat daraufhin den Schlichtungsausschuss Groß-Berlin zur Entscheidung angerufen. Der am 4. April abgegebene Schiedspruch sieht allerdings auch nur eine Lohn-

zulage von circa 10 1/2 Proz. vor. In einer Versammlung in den Zentralbetrieben betraute Liebenow. In der Diskussion wurde die geringe Lohnzulage sehr bemängelt und das Verhalten der Arbeitgeber, die seit einiger Zeit zum Teil nur noch verfräht arbeiten lassen, scharf kritisiert. Die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer ist durchaus ungünstig, zumal in den verschiedensten Betrieben Entlassungen vorgenommen worden sind. Mit nur geringer Majorität wurde der Schiedspruch angenommen.

Zur Generalversammlung der Fabrikarbeiter.

Die Kommunisten sind sonderbare Heilige. In der letzten Generalversammlung des Fabrikarbeiterverbandes hatten sie einige Anträge auf Abänderung des Ortsstatuts gestellt. Die Anträge wurden der Ortsverwaltung zur Berücksichtigung überwiesen. Nachdem nunmehr entsprechend den damaligen Wünschen der Kommunisten das abgeänderte Ortsstatut der Generalversammlung vorliegt, scheint die Parole gewechselt zu sein und die Kommunisten schreien Peter und Paul. Die „rote Fahne“ brachte am Donnerstag eine Zusammenstellung unlogischer Beschimpfungen, das den Artikelschreiber sofort erkennen läßt. Einmal sollen die bösen Angestellten selbst die kommunistischen Forderungen noch übertreffen und damit die Wahl ihnen angenehmer Delegierter ermöglichen, dann wieder soll der „verbandsschädigende“ 1. Bevollmächtigter Reimann, der mittlerweile vom „Herrn“ zum „Kollegen“ avanciert ist, die schwache Wehrheit der Amsterdamer Richtung stabilisieren wollen usw. Wie sieht die „schwache Wehrheit“ aus? In namentlicher Abstimmung stimmten 222 Delegierte für die Amsterdamer Richtung und 44 für die Moskauer.

Tragischer und wirklich arbeiter-schädigend sind dagegen die Ausführungen über die Löhne in der chemischen Industrie zu nehmen. Weiz die „rote Fahne“ nicht mehr, was sie bei der Urabstimmung zum Schiedspruch in der Metallindustrie über die „hohen Löhne“ der Arbeiter in der chemischen Industrie geschrieben hat? Diese Ausführungen haben die späteren Lohnverhandlungen in der chemischen Industrie sehr erschwert und den Unternehmern Waffen gegen die Arbeiter geliefert. Es sollte doch den Moskauer Rostgängern in Berlin endlich klar sein: Für Unternehmern dienliche, wie sie die Kommunisten in Ludwigshafen, Leverkusen und dem Leunawerk dem chemischen Großkapital geleistet haben, finden sie bei den Berliner Fabrikarbeitern kein Verständnis. Für die Anhänger praktischer und positiver Arbeit im Fabrikarbeiterverband muß diese arbeiter-schädigende Wählerarbeit Ansporn sein, am Sonntag volljährig in der Generalversammlung zu erscheinen.

Schlichtungsstelle für Hausangestellte.

Das Berliner Landesamt für Arbeitsvermittlung teilt mit, daß nunmehr auch im Bezirk Prenzlauer Berg eine Schlichtungskommission für Hausangestellte errichtet worden ist. Sprechstunden: Danziger Str. 36, Montag bis Freitag 1—4 Uhr nachmittags. Die Verhandlungen vor der Kommission finden im Verwaltungsgelände Danziger Straße 64, Vorderhaus 2 Treppen, Zimmer 9, statt.

Die „Kaz.“ aus dem Saal.

Die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“, die „Kaz.“, wie die Zentrale der K.A.P.D. den Titel ihres Organs selber abfärgt, wurde in der Druckerei Hübner hergestellt. Da diese Firma längst aus dem Verzeichnis tariftreuer Firmen gestrichen war, wandte sich der Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer an die Zentrale der kommunistischen Arbeiter-Partei mit dem Ersuchen, der Firma eine Tarifanerkennungslatte zur Bestätigung vorzulegen, da doch die K.A.P.D. nicht wolle, daß ihr Organ von unorganisierten Gehilfen hergestellt werde. Die Zentrale der K.A.P.D. bemerkte dazu: „Die Gewerkschaften bemühen sich krampfhaft, auch uniere Mitglieder (Allg. Arb.-Union) als „unorganisierte Arbeiter“ hinzuzulassen und sie durch Terror und mit Hilfe der Unternehmer selbst auf die Straße zu werfen. Wenn Sie an diesem Standpunkt festhalten würden, dann würden Sie einer „unorganisierten Organisation“ nicht zumuten, Ihre Geschäfte zu betreiben. Für die offizielle Anerkennung ihrer Zeitschrift danken wir bestens, sind jedoch nicht in der Lage, aus dieser Tatsache irgendwelche Konsequenzen zu ziehen.“

Die naöte Tatsache, daß eine sich als Arbeiterpartei bezeichnende Organisation, zumal eine solch „radikale“ Organisation, sich bei Vergabung des Druckauftrages für ihr Parteiorgan nicht einmal darum kümmert, ob die Druckfirma tariftreu ist, zeigt deutlich genug, was hinter dem radikalen Geize steht. Anstatt sich nun einfach bereit zu erklären, das Versehen so bald wie möglich wieder gut zu machen, spielt man obendrein den Wehrkranken. Es ist recht vorsichtig, keine Konsequenzen aus der angebotenen Anerkennung zu ziehen. In Wirklichkeit kann eine Anerkennung der „Union“ als Gewerkschaftsorganisation aus dem Schreiben der Buchdruckerorganisation an die K.A.P.D. nicht abgeleitet werden. Für die Buchdrucker spielt diese „Union“ absolut keine Rolle, um so mehr aber der Tarifvertrag. Nach einer ganzen Reihe noch überflüssiger Bemerkungen, worunter auch die, daß durch Vergabung der „Kaz.“ an einen anderen Unternehmer gar nichts an den Verhältnissen geändert sei, verabschiedet eben die K.A.P.D., daß sie, um jeden Verdacht gewerkschaftlicher Anhänglichkeit abzuwehren, ab 1. April anders disponierte.

Für die Weltgeschichte spielt es sicherlich keine Rolle, ob im Jahre 1923 eine K.A.P.D., eine K.A.L. und eine „Kaz.“ existierten, und wo diese „Kaz.“ gedruckt wurde. Der K.A.P.D. mühte immerhin begreiflich erscheinen, daß es der Buchdruckerorganisation nicht ganz gleichgültig sein kann, ob Arbeiter ihre Druckaufträge tariftreuen Druckereien zuwenden oder anderen. Den Wert der Kleinarbeit sollten die kleinen Organisationsgebilde am ehesten zu würdigen wissen.

Der 1. Mai als geschichtlicher Feiertag.

Der Lübecker Bürgerschaft wird folgender Senatsantrag unterbreitet: „Dem abschriftlich anliegenden Antrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuss Lübeck und des Sozial-

demokratischen Vereines Lübeck Folge gebend, stellt der Senat zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: daß der 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklärt werde.“

Ein Zentralarbeitsinstitut in Moskau.

Auf Grund eines Beschlusses des Präsidiums des Allrussischen Zentralen Gewerkschaftsrates vom 27. August 1920 wurde in Moskau ein Zentralarbeitsinstitut gegründet. Das Institut hat zur Aufgabe, Probleme, die sich auf die Arbeitsprozesse und Arbeitsorganisationen beziehen, zu untersuchen. Es bestehen im Institut bereits sieben Laboratorien, und zwar:

1. Das photographisch-kinematographische, welches die Arbeitsbewegungen analysiert und fixiert.
2. Das technische Laboratorium, welches sich mit den technisch bearbeitenden Methoden (maschinelle Bewegungen) analysiert und fixiert.
3. Das technische Laboratorium, welches die Mechanik der Arbeitsbewegungen feststellt.
4. Das physiochemische Laboratorium, das sich mit der Physiologie und Energetik des arbeitenden Organismus beschäftigt.
5. Das psychotechnische Laboratorium, das die Eignung zur Berufsarbeit prüft.
6. Das pädagogische Laboratorium, das das Unterrichtsverfahren auf Grund der durch die wissenschaftlichen Untersuchungen erhaltenen Resultate aufstellt.
7. Das soziale Laboratorium, welches die Fragen der sozialen Mechanik, der Leitung und Organisation der Betriebe behandelt. Das Institut besitzt bereits ein eigenes Gebäude (Petrowka 24) und verfügt über eine reiche Apparatur wie Bibliothek.

Seit 1921 gibt es auch periodische Veröffentlichungen unter dem Titel „Die Arbeitsorganisation“ heraus. Außerdem wurden bereits eine Reihe Schriften populär-wissenschaftlichen Charakters, zum Teil auch Uebersetzungen ausländischer Fachliteratur, veröffentlicht. — Leiter des Instituts ist A. K. Gastein.

Zur Streikfrage im Saargebiet ist zu melden, daß die Propagandamittel der französischen Grubenverwaltung wieder verstärkt in Anwendung gebracht werden. Der sogenannte Saargebietverband, eine Vereinigung „französischer Arbeiter“, wirft mit Flugblättern nur so um sich. Den Streikenden versucht man in den Flugblättern das Vertrauen zu ihren Führern zu nehmen. Diese Art der Propaganda hat bisher keinerlei Einbruch bei den Saargebietern gemacht. Die Bergleute stehen nach wie vor fest zusammen, was in allen Versammlungen deutlich zum Ausdruck kommt. Einzelne Inspektionen der Grubenverwaltung unterliegen diese Propaganda dadurch, daß sie durch die Post und durch Boten Tausende von Zeiteln verteilen, die Bitten und Drohungen an die Arbeiter enthalten, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Der Bergarbeiterstreik in Lothringen ist nach einer Meldung aus Paris beendet. Die Vertreter der Bergarbeiter hoben am Donnerstag beschlossen, die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen. Keine einzige ihrer Forderungen konnte durchgesetzt werden. Der Ausstand dauerte vom 8. Februar und umfaßte 25 000 Arbeiter.

Im Saargebiet mache sich ebenfalls eine gewisse Streikmüdigkeit bemerkbar. — Dabei ist offenbar der Wunsch Vater des Gedankens. Die Saargebiete werden die Arbeit nicht wieder zu den früheren Bedingungen aufnehmen. Man wird sich schon bemühen müssen, mit ihnen zu verhandeln und ihren berechtigten Forderungen entgegenzukommen.

Ueber Lohnbewegungen in Dänemark wird berichtet: Im Schneidergewerbe ist von den Arbeitgebern Aussperrung angedroht worden, die am 10. April beginnen und etwa 10 000 Personen umfassen soll. Verhandlungen im Tapezierergewerbe sind resultatlos verlaufen. Die Gärtner und Maurer stehen gleichfalls in langwierigen Verhandlungen. Auch „Hemdal“ haben in Londen die organisierten Bauarbeiter die Arbeit niedergelegt, um die Arbeitgeber zu zwingen, die Unorganisierten, die sich zu einer gelben Organisation zusammengeschlossen haben und zum Teil aus Deutschen bestehen, zu entlassen.

Die Arbeitsverhältnisse in England haben sich verschärft. Obwohl die Lohnunterschiede zwischen den Landarbeitern und den Farmern nicht mehr erheblich sind, haben sich die Aussichten auf die Beilegung des Landarbeiterstreiks verschlechtert infolge der Heranziehung von Streikbrechern. — Im Rhondda Valley streiken 50 000 Bergarbeiter. Die Aktion ist weniger gegen die Bergwerkeigentümer als gegen die Unorganisierten gerichtet, die sich weigern, der Organisation beizutreten, obgleich sie sich die Vorteile gefallen lassen, die die Organisation durch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bietet. Der Streik ist deshalb beachtenswert, weil im Rhonddagebiet über ein Drittel zu der letzten wöchentlich eine halbe Million Tonnen betragenden Kohlenausfuhr von Süd-Wales nach dem Kontinent beigesteuert wurden. — Der Konflikt im Baugewerbe dauert fort. Die Arbeiter sind bereit, einen Schiedspruch von drei hervorragenden Juristen entgegenzunehmen, ob das Verlangen der Unternehmer nach Lohnkürzung und Verlängerung der Arbeitszeit dem bestehenden Vertrage entspricht. Die Antwort der Unternehmer steht noch aus. Wenn diese Vergleichsbasis nicht beschritten wird, tritt — wie der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet wird — Mitte April die Aussperrung von achtunderttausend Bauarbeitern in Kraft. — Auch die Eisenbahner drohen mit einem allgemeinen Streik. Die Delegierten der Eisenbahnergewerkschaft beschloßen gestern auf einer Versammlung in London, der Absicht der Gesellschaften, die Krienssteuerzulagen für die Wertpapienarbeiter herabzusetzen, Widerstand entgegenzusetzen und nötigenfalls mit dem Generalstreik zu antworten.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schill, Berlin; für Anzeigen: E. Glade, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Platenstr. 3, Etage 1. Telefon.

Acquiescent Die Frau Ögnes
in der Übergangzeit, nähern Sie sich mit

Porcely der billigen u.
unwiderstehlichen Kräfte

Erstklassige Herrenbekleidung

Anzüge, Paletots, Schüpfen, prima Stoffe
fertig und nach Maß in billige Preise

MAX FLUSS, Rosenthaler Straße 58

Zwei gute Bekannte
ABC
MERCEDES
DIE BATSCHARI KRONE

Spaziergang nach Caputh.

Neues über den Waffenfund. — Die Sorgen der Obstbauern.

Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß die Straße auf dem linken Havelufer von Spandau über Wannsee und Potsdam nach Caputh und Ferch eine der schönsten Ausflugsstraßen Brandenburgs ist. Unvergessliche Eindrücke wird der von einer solchen Wanderung heimbringen, dem es einmal vergönnt war, an einem dieser goldglänzenden seltenen Frühlingstage die Straße Potsdam—Caputh zu wandern. Wer Zeit hat, mag in Potsdam sogleich den Brauhausberg hinaufklettern und nach einem Blick über die Stadt auf den südlichen Abhängen in der Richtung Hermannswerder die Chaussee gewinnen. Am anderen Ende muß man wohl oder übel durch eine unförmliche häßliche Vorstadtstraße an der Beamtenwohnkolonie Cecilienhöhe vorbei zur Uferchaussee. Raum aber hat man die freie Straße gewonnen, so baut sich am tiefen Ende der sich weit gen Süden schwingenden sechshundertjährigen Havel eine riesige Spielzeugsiedlung auf mit einem recht ansehnlichen Berg im Hintergrund und einem Turm darauf. Das ist Caputh, das Ziel der Fahrt.

Das Schloßgeheimnis.

Ein merkwürdiges Dorf, ganz von Wasser und Wald umgeben mit einer endlosen Dorfstraße, die bei Beginn und am Ende von modischen Villen flankiert wird. Vom Süden schieben sich die durch ihre Aussicht besonders in der Abendstunde berühmten Krähenberge hinein. Man kann von dort oben über die Werder-Blindowischen Berge hinweg in der Ferne das trigonometrische Gerüst auf den Höhenbergen bei Brandenburg erblicken. Zu Füßen des Berges ein idyllischer See, dessen Ufer für alle gewöhnlichen Sterblichen gesperrt sind, weil er im Privatbesitz eines Junkers sich befindet, der weder den Einheimischen noch den Fremden wohl will. Das ist der Besitzer des Schlosses und Gutes Caputh, Herr von Willich, einstmaliger Rittmeister bei den Potsdamer gelben Ulanen, mit dessen Persönlichkeit, sicherlich sehr gegen seinen Willen, die Öffentlichkeit sich in den letzten Wochen beschäftigt hat, weil man auf seinem Schloß wohl verborgen und eingemauert 11 Maschinengewehre gefunden hatte, sächlich zerlegt, aber — sonderbarerweise keinen Schuß Munition. Verfolgt man den Weg von Potsdam ins Dorf hinein, so gelangt man nach kurzem Weg auf gewundener Straße an eine ganz gerade sich hinziehende Dorfstraße, die unmittelbar auf den Gutspark, der an die Havel grenzt, zuführt. An einer zwar stilsollen aber nüchtern wirkenden 1848 erbauten Backsteinvilla vorbei rundet sich die Straße und geleitet zum schlichten Portal, von dem aus man das ganze Schloß, das übrigens schon seit etwa 1670 steht und einen freundlichen beschaulichen Eindruck macht, übersehen kann. Ein breit gelagerter Mittelbau, mit zwei ganz schmalen turmbühnlichen Seitensüßeln, deren Mansardenbaldachne feinerer Fenster aufweisen. In dem rechten fand man die verbotenen Waffen. Ganz merkwürdig aber berührt es, wenn man hört, daß keinerlei die Untersuchung auch des linken Dackelhofes von der Potsdamer Behörde als unnötig erachtet worden ist. Beachtenswert auch ist es, daß dieser linke Seitensüßel eine weitere Dachverbindung mit einem gartenhausähnlichen Gebäude hat. Man sagt: Wo der Hund ist, ist auch der Jäger nicht fern. Also: Wo Waffen sind, sollte da nicht auch Munition ganz nahe sein? Dennoch hat man das Schloß des Herrn von Willich nicht ganz durchsucht. Die Potsdamer Behörden würden sich darüber zu erklären haben, ob sie die Verantwortung dafür übernehmen können, daß das ganze Schloß sorgfältig durchsucht worden ist. Recht lustig ist es auch, wie der Herr von Willich sein Schloßgeheimnis entlockt sah. Außer den nahen Familienangehörigen ging nur ein Gärtner im Hause aus und ein. Der Mann hatte sich vier Tage Urlaub erbeten und auch erhalten und war abgereist. In der Zwischenzeit öffnete sich unter dem hübschen Ranjardendach unter dem Schweiß der fleißigen Schloßknechte der Berg Sesam und entließ seinen metallenen Inhalt. Das Unglück aber wollte es, daß der Gärtner einen Tag früher wieder kam, alsobald die zertrümmerte Mauer und weiterhin die ganze Bescherung sah. Wäre das Maß nur vor zwei- bis dreihundert Jahren passiert, so hätte man den mitwissenden Gärtner auf foltem Wege befehligen können. So was ist heute zwar nicht unmöglich aber doch ungleich gefährlicher. Der Mann hielt denn auch nicht dicht und so wurde die Sache ruchbar. Der amtierende Gemeindevorsteher, der das unbedingte Vertrauen der gesamten Einwohnerschaft hat, hob dann, nachdem die Behörden Kenntnis von der Sache hatten, unter Assistenz zweier Landjäger das laubere Rest aus Warum ihm nicht,

wie erwähnt, das Recht zugestanden wurde, das ganze Schloß zu durchsuchen, darüber wird hoffentlich noch Klarheit werden. Wie die Waffen in das alte gemütliche Schloß hineingekommen sind, darüber gehen in der Bevölkerung die seltsamsten Gerüchte. Man erinnert sich, daß keinerlei auch bei dem Herrn von Kühne eine Hausdurchsuchung nach Waffen abgehalten worden war, bei der aber keinerlei verbotene Waffen gefunden wurden. Herr von Kühne wohnt, nur durch einen Büchsenjäger von Herrn von Willich entfernt, an dem gleichfalls an Caputh grenzenden Schwielowsee auf Schloß Behow und in jener Zeit, da es auf Schloß Behow brenzlich wurde und die Untersuchung nahe bevorstand, will man höchlich auf dem See merkwürdige und heimliche Motorbootfahrten hin und her gehört haben. Neue märkische Romantik. Die Einwohner des Schlosses Caputh selbst scheinen den ganzen Vorfall nicht sonderlich ernst zu nehmen. Man erzählt sich in Caputh, daß ein Familienmitglied des Schlossherrn gesagt haben soll: Wenn das vor der Ruhrbeziehung passiert wäre, hätte Herr von Willich eine Strafe bekommen. Jetzt aber werde ihm nichts geschehen.

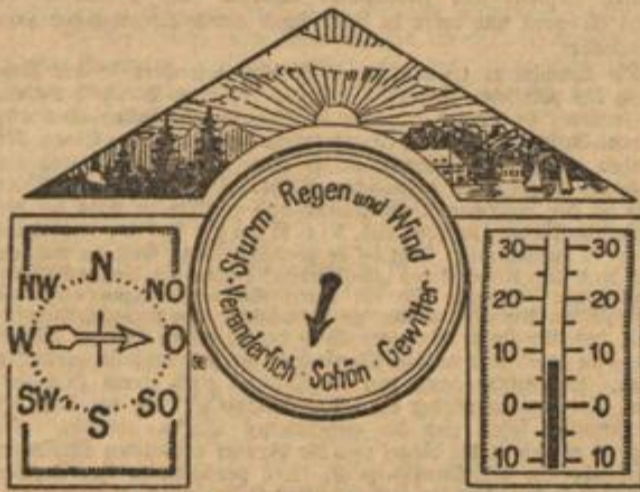
Obst Sorgen.

Die etwa 3000 Bewohner Capuths drücken aber zurzeit andere Sorgen. Man erinnert sich, daß den Berlinern im vorigen Jahr für die Kirichen und das übrige Obst recht ansehnliche Preise abgefordert wurden. Die Caputher, die fast ausschließlich von dem Ertrag ihres kleinen zwischen 4 bis 7 Morgen großen Obstgartens das ganze Jahr leben müssen — Fischerei und Schiffererei sind längst ausgestorben —, haben auch im vorigen Jahr ganz gute Obst-

preise erzielt und als in den Dingen des Vorkrieges und unbedingte Leute das Geld einfach auf die hohe Kante gelegt. Dann aber legte vom August an die enorme Marktentwertung ein, was zur Folge hatte, daß die kleinen Obstbauern zu Weihnachten oder noch vorher mit ihrem Geld zu Ende waren. Jetzt muß man deshalb bereits auf Rechnung der neuen Ernte leben und die Obstbauern werden nur dann auf ihre Rechnung kommen, wenn auch die Markt ihren Wert behält. Es zeigt sich hier, daß die Berliner Obstkonsumenten zwar recht angemessene Preise zahlen mußten, daß das aber den Kleinproduzenten auch nicht viel genügt hat und man befürchtet in Caputh, daß es in diesem Jahre ähnlich kommen wird. Da der größte Teil der Obstternte aus Kirichen besteht, die natürlich bei der Ernte sofort verkauft und nicht als Dauerobst aufbewahrt werden und etwas im Preise mitgehen können, so gehen manche Obstbauern dazu über, einen Teil ihres Obstgrundes in Feld umzuwandeln, um die Möglichkeit von Halbmilchfruchtanbau zu haben. Die zunehmende Verarmung einer solchen Gemeinde geht auch daraus hervor, daß man früher in der Gemeinde etwa 80 Pferde, heute aber nur noch 12 bis 15 zählt. Und während früher jeder Garten in jedem Jahr 4 Lowries Dung erhielt, reicht es jetzt nicht mehr zu einer. Das bedeutet zweifellos einen Niedergang und ein allmähliches Aussterben der Obstkultur an dieser Stätte, an der übrigens von den 12 Gemeindevorstellern des Dorfes nicht weniger als 9 sozialdemokratisch sind.

Run wird in kurzer Zeit auch hier wieder alles in prächtiger Blüte stehen und wer von Potsdam kommt, der tut dann gut, wenn er unmittelbar vor Beginn des Dorfes am Zaun des ersten Grundstückes die Anhöhe emporsteigt und sodann auf einer Art Höhenweg das ganze Dorf im Halbkreis umschreitet. Möge er im Anblick der Blüten nicht vergessen, daß denen, die ein Anrecht auf die Früchte dieser Blüten haben, das Herz keineswegs so leicht und froh ist wie dem sorglosen Wanderer, den ja keinerlei wieder in der großen Steinmühle ein Haufen Sorgen erwartet, darunter ein wenig später auch die, wie er das Geld zusammenbringen soll, um seinen blassen schmalen Kindern das schöne frische Obst zu kaufen, das sie so sehr brauchen können.

Wie wird das Sonntagswetter?



Zwischen Karfreitag und den Osterfeiertagen stellte sich in ganz Deutschland, während ein Tiefdruckgebiet vom Eismeer nach Westrußland eilte, plötzlich trübes, kühleres Wetter ein. In den meisten Gegenden landeten leichte Regenschauer statt. Aber schon am Sonntag breitete sich nach Entfernung des Tiefs das seit längerer Zeit auf der Skandinavischen Halbinsel befindliche Hochdruckgebiet über ganz Mitteleuropa aus. Hier klärte sich demgemäß der Himmel rasch wieder auf, jedoch die Abkühlung nahm bei frischen nordöstlichen Winden, besonders östlich der Oder, noch weiter zu. In der Nacht nach Ostermontag brachten es Köslin auf 7, Lauenburg in Pommern auf 8 Grad Celsius Kälte und während sich die Nachfröste in der folgenden Zeit in Ost- und Mitteldeutschland öfter wiederholten, übernahm die Mittagstemperatur neuerdings an vielen Orten 10 und im Westen sogar 15 Grad Celsius. Jetzt ist ein Tiefdruckgebiet vom Atlantischen Ozean über Irland und Südengland langsam nach Frankreich vorgedrungen und ein weiteres scheint auf dem gleichen Wege nachzufolgen, während das Hoch etwas mehr nach Norden zurückgewichen ist. Bei frischen, zwischen Nordost und Südost schwankenden Winden haben wir daher auch für Sonnabend und Sonntag zwar vielfach heiteres, jedoch außer den Mittagstunden noch ziemlich kühles Wetter zu erwarten. Vorübergehend dürfte sich der Himmel stärker bewölken, aber nur sehr wenig oder gar kein Regen fallen.

Amateurphotographie.

Ein jeder hat wohl zur notwendigen Ablenkung und sich selbst zur Freude eine Liebhaberei. Das ist bei vielen heute die Photographie, deren Pflege eine Vereinerung der Liebhaberphotographie, die bereits auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken kann, sich besonders angeeignet sein läßt. In den Räumen des Berliner Handwerkervereins wurde aus diesem Anlaß eine sehr reich besetzte Ausstellung arrangiert. Man sah manche bemerkenswerte und reizvolle Aufnahme. Prächtige Stillleben, die bei künstlicher Beleuchtung aufgenommen waren. Ferner Tierbilder in Freilichtaufnahmen. Hund und Kage in trautem Verein, ein stätischer Ziegenbock, ein stolzer Hahn und ein charaktervoller Widderkopf, der es verständlich macht, daß unter Umständen irgendjemand sich in einen Schafkopf verliebt. Besonders erwähnenswert sind die Aufnahmen aus einem Aquarium. Der Fotograf, obwohl Amateur, arbeitet für wissenschaftliche Werte. Er hat Geduld und eine feine Beobachtungsgabe. So brachte er einen Stacheln beim Nestbau und Szenen aus dem Liebesleben der Fische auf die Platte. Stets festet er die Aufmerksamkeit, mag er nun eine heimische Plöge oder japanische Schleierschwänze in ihrer weichen, seidenen Bewegung festgehalten haben. Einen großen Raum nahm die bildmächtige Abteilung ein. Die verschiedensten Stimmungsbilder sind in den Photographien, die durchweg im modernen Druckverfahren ausgeführt wurden, enthalten. Sinnend betrachtet man einen Dortseich, erschreckt von der Unwirtlichkeit einer Ueberschwemmung und verspürt die Kälte eines Vorfrühlingstages. Man sah eine reiche Sammlung von Stimmungsbildern aus dem Harz, ferner den Wald in Winterpracht, der zum Märchen wird, in dem nur die Zwerge sehen. Doch geben auch Morgennebel, Raureif, Regentage und dieses Wetter den Amateuren Gelegenheiten, photographische Meisterwerke zu schaffen. Einen eigenen Reiz hatte überdies eine Weihnachtsaufnahme, die durch Bliglicht in Verbindung mit dem Lichte der Christbaumkerzen zustande kam. Hin und wieder klingt auch das Hohelied der Arbeit in den Bildern auf; so erblickte man markante Aufnahmen von Straßenarbeitern usw. Das Kunstgewerbemuseum machte zahlreiche Ankäufe. U. a. erwarb es eine Aufnahme „Droschke im Regen“, die typisch ein Städtchen Berlin bei Grippewetter veranschaulicht.

(Nachdruck verboten. Der Wall-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Nach dem amerikanischen Manuskript überfetzt von Julius Gumpertz.

Die Leute, die den Boulevard auf und ab gingen, sahen neugierig durch das Gitter auf die Männer in grauer Kleidung, die in der Ecke des Hofes zusammengescharrt standen. Die Linie schob sich langsam vorwärts an einem Tisch mit einem Offizier vorbei; auf dem Tisch lagen große Listen mit Namen und Haufen von Banknoten und Silberfranken, die weiß schimmerten, ausgebreitet. Ueber den Köpfen der Männer erhob sich ein dünner Dunst von Zigarettenrauch in das Sonnenlicht. Stimmen schwirrten und Füße scharrten im Kies. Die Abgehörnten gingen mit frohen Gesichtern fort, das Geld klapperte in ihren Taschen.

Die Männer am Tisch hatten rote Gesichter mit zusammengezogenem, ernstem Ausdruck. Sie schoben das Geld in die Hände der Soldaten und sprachen dabei die Namen aus, als ob sie tickende Schreibmaschinen seien.

Andrews sah, daß einer der Männer am Tisch Walters war. Er lächelte und flüsterte: „Hallo,“ als er an ihn herantrat. Walters erhob die Augen nicht von der Liste.

Während Andrews darauf wartete, daß der Mann vor ihm entlohnt wurde, hörte er zwei andere sprechen:

„War das nicht ein furchtbarer Platz? Erinnerst du dich an den Jungen, der eines Tages da in den Baracken starb?“

„Natürlich, ich würde ja damals Sanitäter holen gefickt. In der Kompanie war ein Schweinekerl von einem Sergeanten, der den Jungen zwingen wollte, aufzustehen, und da kam der Leutnant und sagte, er wolle ihn vor ein Kriegsgericht stellen. Und dann fauchte ihn der Sergeant an, bald darauf war er hinüber.“

„Boran starb er?“

„Herz, den! Ich weiß nicht, er war die ganze Zeit nicht recht lebensfroh.“

„Rein, dieses Coone genügte schon; wer da nicht unter die Räder kam, der kann seinem Schöpfer danken.“

Andrews bekam sein Geld. Als er fortging, trat er an die beiden Männer heran, deren Gespräch er gehört hatte.

„Wart Ihr Keris in Coone?“

„Ja.“

„Kanntet Ihr einen, der Fusell hieß?“

„Weiß nicht.“

„Aber sicher,“ sagte der andere. „Erinnere dich doch an Dan Fusell! Der kleine Puß glaubte, er werde Korporal werden.“

Sie lachten beide.

Andrews marschierte ab, irgendwie gedregert. Auf dem Boulevard Mont Parnasse waren viele Soldaten. Er wandte sich in eine Seitengasse, fühlte sich plötzlich erniedrigt und geduckt, als ob gleich wieder die barsche Stimme eines Sergeanten ihm Befehle entgegenschrien werde.

Das Silbergeld in seinen Taschen klapperte bei jedem Schritt.

Das Bureau des Majors war ein großes, weiß bemaltes Zimmer mit Spiegeln an allen vier Wänden, so daß Andrews, während er, die Mütze in der Hand, wartete, den kleinen, runden Major mit seinem rosigen Gesicht und seiner Glase in unendlich vielen Wiederholungen in den Spiegeln sehen konnte.

„Was wollen Sie?“ fragte der Major und schaute von den Papieren auf, die zur Unterzeichnung vor ihm lagen.

Andrews trat an den Schreibtisch heran. An beiden Seiten des Zimmers trat eine endlos oft wiederholte magere Gestalt in grauer Kleidung an endlose Mahagonischreibtische heran, die ineinander verschwammen in einer endlosen, staubigen Perspektive.

„Würden Sie so freundlich sein, dies Gefuch um Entlassung weiter zu geben, Herr Major?“

„Wie viele Angehörige werden von Ihnen erhalten?“ murmelte der Major durch die Zähne.

„Keiner. Es handelt sich um Entlassung in Frankreich, um Ruß zu studieren.“

„Is nicht. Sie brauchen eine Bestätigung, daß Sie sich selbst erhalten können, daß Sie genug Geld verdienen, um sich zu ernähren. Wäusen Sie, daß Sie Talent haben? Man muß sehr viel Talent haben, um Ruß zu studieren zu können.“

„Zu Befehl. . . Aber brauche ich außer einer solchen Bestätigung noch irgend etwas anderes?“

„Rein. Wird dann wohl ziemlich schnell erledigt werden. Wir freuen uns, anständige Leute entlassen zu können. Wir

freuen uns, jeden Mann entlassen zu können, der sich anständig aufgeführt hat. Williams!“

„Zu Befehl!“

Ein Sergeant kam herüber von einem kleinen Tisch an der Tür.

„Zeigen Sie dem Mann hier, was er braucht, um in Frankreich entlassen zu werden.“

Andrews salutierte. Aus den Augenwinkeln heraus sah er die endlosen Figuren in den Spiegeln, die in dem endlosen Korridor endlos salutierten.

Als er auf die Straße herauskam vor das große, weiße Gebäude, wo das Bureau des Majors war, überkam ihn ein drückendes Gefühl der Hilflosigkeit. Da waren viele Automobile verschiedener Größe und Formen, Limousinen, Runabouts, Tourenwagen, einer hinter dem anderen, alle olivfarben angemalt und peinlich genau mit weißen Nummern bezeichnet. Dann und wann kam jemand aus dem großen Marmorgebäude heraus, oder ein lärmendes Motorrad hielt mit einem Ruck vor der großen Tür an, und ein Offizier mit Motorbrille und schmutzbedecktem Mantel sprang ab; er konnte sich sehr gut vorstellen, wie der Offizier durch weite Hallen hindurchschritt, wo aus jeder Tür das befehlshaberische Liden einer Schreibmaschine kam, wo Papiere hochgetürmt auf gelb polierten Schreibtischen lagen, wo bleichgelbe Schreiber in Uniformen in den Räumen herumlungerten, wo die vier Wände vom Boden bis zur Decke mit Karteihokarten bedeckt waren. Und jeden Tag wurde mehr Papier hinzugefügt, wurden in die kleinen Kästen der Karteihokarten mehr Indertausende hineingeschoben. Es schien Andrews, daß das glänzende weiße Marmorgebäude von all dem darin aufgehäuften Papier plagen und die breite Straße mit Lawinen von Indertausenden überfluten müßte.

„Knöpfen Sie Ihren Mantel zu,“ schnarrte eine Stimme in sein Ohr.

Andrews sah plötzlich auf. Ein Militärpolizist mit einem roh aussehenden Gesicht, in dem eine lange, scharfe Nase stand, kam auf ihn zu. Andrews knöpfte seinen Mantel zu, sagte aber nichts.

„Lungern Sie hier nicht so rum!“ schrie der Militärpolizist hinter ihm her.

Andrews wurde rot und ging weg, ohne den Kopf zu wenden.

(Fortsetzung folgt.)

Eine zweifelhafte Wohnungsaffäre.

Gegen das Wohnungsamt Wilmersdorf hat ein Bankdirektor Wolpe durch die Presse den schweren Vorwurf erhoben, daß eine ihm von dort bewilligte und durch Tausch erlangte Wohnung im Hause Westfälische Str. 59 nach längerer Benutzung ihm durch Beschlagnahme wieder entzogen werden soll, ohne daß hierzu ein berechtigter Grund vorliege. Die wegen dieses Vorgehens mit dem Wohnungsamt geführten Verhandlungen seien erfolglos geblieben, hinterher aber habe der auf dem Wohnungsamt beschäftigte Stadtschreiber Leder ihm zu verstehen gegeben, daß er gegen Zahlung von 15 Millionen Mark für Wohlfahrtszwecke die Wohnung haben könnte. Die Darstellung läßt durchblicken, daß auch persönliche Vorteile für den Stadtschreiber Leder anstrebt worden seien, und es wird in diesem Zusammenhang eine Frau Wiedele genannt, die als Wohnungvermittlerin aufgetreten und durch ihre Kenntnis der Akten aufgefallen sei.

Das Wohnungsamt Wilmersdorf erklärt hierzu, Direktor Wolpe habe die fragliche Wohnung in der Westfälischen Straße dadurch erlangt, daß er mit dem Eigentümer eines Neubaurundstückes in Falkenberg bei Grünau einen Scheinvertrag über eine noch gar nicht vorhandene Wohnung geschlossen habe. Gegen diese „Wohnung“ in dem damals kaum aus der Erde herausragenden Neubau, der erst ein Jahr später fertig geworden sei, habe er die jetzt umstrittene Neun-Zimmer-Wohnung in Wilmersdorf eingetauscht, deren bisherige Inhaberin, eine Frau Hauptmann Amade, dann natürlich nicht nach Falkenberg, sondern zu einem Verwandten nach Wannsee gezogen sei. Nach Feststellung dieser Dinge sei die Wohnung beschlaggenommen und der neunköpfigen Familie eines Auslandsdeutschen zugewiesen worden. Stadtschreiber Leder habe dem Bankdirektor Wolpe die Zahlung von Geld nicht für Wohlfahrtszwecke, sondern für Wohnungsbauzwecke als einen Ausweg bezeichnet und zu einem entsprechenden Antrag an die Wohnungscommission geraten. Frau Wiedele sei bei dem Wohnungsamt nie angeheftigt gewesen und dem Stadtschreiber Leder sei sie unbekannt. Im Interesse des Direktors Wolpe sei mehrfach, aber erfolglos versucht worden, den Stadtschreiber Leder und seine Frau zu bestechen.

Wir finden, daß diese Affäre dringend der Aufklärung bedarf. Wolpe hat gegen Leder bei der Staatsanwaltschaft eine Anzeige wegen Erpressungsversuches eingebracht. Das Wohnungsamt erklärt, daß es den so schwer angegriffenen Beamten mit allem Nachdruck schützen und gegen Wolpe die nötigen Maßnahmen ergreifen wird. Des heißt wohl, daß gegen Wolpe die Strafverfolgung wegen Bestechung beantragt werden soll. Hoffentlich erfährt man später vom Wohnungsamt und von Herrn Wolpe das Ergebnis ihrer Anzeigen.

Arthur Keils Erpressungsmanöver.

Eine verworfene Berufung.

Vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I hatte sich der „Zeitungsverleger“ und Privatdetektiv Arthur Keil wegen versuchter Erpressung zu verantworten. Es handelt sich um eine Angelegenheit, die die Öffentlichkeit bereits mehrfach beschäftigt hat. Keil ist mehrfach vorbestraft und hatte wegen betrügerischen Bankrotts schließlich eine dreijährige Zuchthausstrafe erhalten. Während der Verbüßung dieser Strafe wurde er infolge einer Amnestie aus dem Zuchthaus entlassen. Er versuchte zunächst, sich als Zeitungsverleger zu ernähren, gründete dann das Wochenblatt „Berliner Neueste Nachrichten“. Dieses Blatt beschäftigte sich mit der Enthüllung von Skandalaffären. Der jetzt zur Aburteilung stehende Fall der versuchten Erpressung richtet sich gegen den Bankdirektor Dr. W.

Keil schickte einen seiner Angestellten, Johannes Bewandowski, in die Wohnung von Dr. W. und ließ ihm mitteilen, daß er Material dafür habe, daß Dr. W. in seiner Wohnung Nachttänze von einer 14-jährigen Tänzerin habe vorführen lassen. Der Beauftragte ließ aber durchblicken, daß ein Artikel hierüber gegen entsprechende Entschädigungen unterdrückt werden könnte. Dr. W. vermutete ein Erpressungsmanöver, setzte sich mit der Polizei in Verbindung und ließ Bewandowski und Keil festnehmen. Diese Sache hat bereits das Schöffengericht beschäftigt. Keil war zu einem Jahr und Bewandowski zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte Keil Berufung eingelegt, so daß die Berufungskammer sich nochmals mit der Angelegenheit zu befassen hatte. Der Angeklagte Keil behauptete in der Verhandlung, daß ihn von einer Frau Ley das Material zugebracht worden sei. Er habe nur das Bestreben gehabt, die Leute, die er angreifen wollte, über sein Material zu informieren, um sie nicht hintertäuschen zu lassen und um ihnen Gelegenheit zu geben, im Falle ihrer Unschuld eine eidesstattliche Versicherung beizubringen und beim Amtsgericht eine Unterlassung durchzusetzen. Kriminalkommissar Dr. Kopp bezeichnete das von Keil herausgegebene Blatt als ein Skandalblatt der gemeinsten Sorte, das zu neun Zehntel Segensworte behandelt habe, und zwar in Form von Skandalartikeln, die zum größten Teil glatt erfunden waren. Sehr häufig wurden Andeutungen gemacht, daß weitere Enthüllungen folgen würden. Dies geschah zu einem sehr durchsichtigen Zweck. Die Inserate enthielten an Gemeinheit das Stärkste was man je erlebt hätte. Keils Blatt sei ein Revolverblatt gewesen. Bewandowski habe zu den männlichen Prostituierten gehört und sei auf dem Gebiet der Erpressung nicht unerfahren gewesen. — Die auf Antrag der Verteidigung geladenen Sachverständigen Gerichtsmediziner Dr. Döhrenfurth, Sanitätsrat Dr. Edel und Dr. Scheper bezeichneten Keil als einen Psychopathen, der aber für seine Handlungen verantwortlich sei. Das Gericht kam zu dem Urteil, daß zweifellos eine versuchte Erpressung vorliege. Erpressungen durch Weberschriften gehören in der Großstadt zu den gemeinsten und verwerflichsten Handlungen. Deshalb sei das Urteil der ersten Instanz auf ein Jahr Gefängnis mildernd und es sei kein Anlaß, dieses Strafmaß herabzusetzen. Die Berufung wurde daher auf Kosten des Angeklagten verworfen, jedoch wurde ihm ein Monat auf die Untersuchungshaft angerechnet. — Keil hat sich noch wegen mehrerer Betrugsfälle zu verantworten.

Ein Klingelfahrertrieb.

Mit einem neuen Trieb zum Auslandschafter „arbeitet“ eine Bande von Wohnungseindringern. Ein Mann hält sich in der Nähe der Bahnhöfe auf, besonders des Bahnhofes Tiergarten und ortsicht Reisende an, als ob er sich ihrer als alter Bekannter erinnere. So tat er einem Manne gegenüber, als ob er in ihm einen Doktor Eisner wiedererkennt. Der Angesehene erklärte, das müßte ein Jertum sein. Der Mann blieb jedoch dabei, daß er sich nicht irre und stellte sich jetzt mit dem Namen Döring vor. Das veranlaßte den Angeredeten, nun auch seinen Namen zu nennen. Um ihn genau zu verstehen, ließ ihn sich der angebliche Döring noch einmal nennen. Dann landwirtschaftlich der angebliche Döring die Wohnung aus, geht als Klingelfahrer hin oder her und nachts mit Helfershelfern ein. So hoberte die Bande in der Agricolastraße die Tür einer sorgfältig ausgetuschten Wohnung aus, haute darin nach wie die Banditen und erbeutete Wäsche, Kleider, Silbergegenstände und Werte von über 20 Millionen Mark. Der gefährliche Auslandschafter, vor dem eindringlich gewarnt werden muß, ist etwa 30 Jahre alt und 1,80 Meter groß, hat rotblondes Haar, einen englisch gestylten Schnurrbart und ein schmales, blaßes Gesicht. Angaben zu seiner Ermittlung und Festnahme nimmt Kriminalkommissar Treitin im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums entgegen.

Kapitalisten unter sich.

Papiergroßhandlungen und Außenhandelsstelle.

Ein auf mehrere Tage berechneter Prozeß, in dem gewisse, die Öffentlichkeit interessierende Vorgänge in den Bureau der Außenhandelsstelle zur Sprache kommen werden, wird bei dem Landgericht III verhandelt. Zwischen den Firmen Boehler in Dresden und Hartmann u. Co. in Berlin bestand ein bestiger Konkurrenzstreit. Die Firma Boehler war der Meinung, daß die Firma Hartmann u. Co. von der Außenhandelsstelle bevoorzugt werde und hatte an Hochzeitsdrucken Material für Krügel geliefert, in denen dem Inhaber der Großhandlung Hartmann schwere Vorwürfe gemacht wurden, insbesondere nach der Richtung, daß er wegen unerlaubter Ausfuhr in einer Reihe von Fällen nur mit einer Geldstrafe von 5000 M. bestraft worden sei, während andere Firmen, ohne irgendwelche Straftaten begangen zu haben, von der Ausfuhr abgesehen worden seien. Im einzelnen wurden über diese Dinge so genaue Angaben in den Urteilen gemacht, daß der Verdacht entstand, die Firma Boehler habe ihre Kenntnisse aus den Akten, die über Hartmann bestanden, geschöpft. Eine Hausdurchsuchung bei dem Berliner Vertreter der Firma Boehler, Frau, förderte eine genaue Abschrift der Akten Hartmanns zutage. Aus diesem Grunde wurde gegen den Kaufmann Konrad Boehler in Dresden sowie gegen den Kaufmann Walter Roac, Frau Anna Dentz, eine Angestellte der Firma Boehler und gegen Frau Hedwig v. Scheidt, eine Angestellte der Außenhandelsstelle, Anklage erhoben, und zwar gegen Roac wegen Bestechung und Befähigung von Akten einer Behörde, gegen Boehler wegen Anstiftung, gegen Frau Dentz wegen Beihilfe und gegen Frau v. Scheidt wegen passiver Bestechung. Die Anklage nimmt an, daß Roac auf Einwirkung von Boehler Frau v. Scheidt durch Geschenke veranlaßt habe, ihm die Akten der Außenhandelsstelle zur Abschrift zu überlassen. Wir werden das Urteil mitteilen.

Der russische „Kirchendiener“.

Festnahme einer internationalen Schwindlerbande.

Von einer ausländischen Schwindlerbande, die 20 Köpfe stark war, wurden 11 Mann von der hiesigen Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gebracht. Die Bande machte seit Jahr und Tag die Großstädte Deutschlands, Oesterreichs, der Tschechoslowakei, Italiens und Frankreichs unsicher. Sie „arbeitete“ in kleinen Gruppen und warb in jeder Stadt einen Einheimischen zum Helfershelfer.

Die Schwindler trieben sich in Berlin, besonders in der Umgebung des polnischen Konsulats und der russischen Botschaft umher. Hier laurten sie Beute auf, die in Pausenmomenten oder aus anderen Gründen auf den Kammern zu tun hatten. Einer der Fremden machte sich jedesmal an so einen Mann heran und bot ihm in der Regel einen angeblichen Goldraub zum Kauf an. Einer spielte oft den russischen Kirchendiener und erzählte, er habe bei der Revolution fliehen müssen und die Schätze seiner reichen Kirche mitgenommen. Jetzt sei er gerädelt, sie zu Geld zu machen. Gleich nach dem Angebot des „Goldraubs“ kommt der hiesige Helfershelfer hinzu. Er gibt sich für einen Sachverständigen aus und empfiehlt den Ankauf. Wenn die Schwindler nun ausgehandelt haben, daß ihr Opfer genügend Geld besitzt, zeigen sie ihm allerlei „Ecksteine“ und andere Wertgegenstände, die sie ebenfalls verkaufen wollen. Sie führen dann den Kaufwilligen nach einem Juwelierladen. Hier wartet wieder ein „Sachverständiger“ vor der Tür, der den Juwelier spielt und die angebotenen Sachen abschätzt. Die Repperie gelang in der Regel und die Gauner erbeuteten Millionen. Kriminalbeamte der Dienststelle B. II. 3 beobachteten das Treiben längere Zeit und konnten jetzt endlich 11 Mann festnehmen, Russen, Perlen, Armenier und zwei Deutsche. Sie wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Es sind Leute, die früher in der Gegend der Münz- und Schönehauser Straße auch Schiebergeschäfte betrieben. Festgestellt wurde, daß die ganze Bande in Berlin versammelt gewesen ist. Die Versprengten werden wahrscheinlich ihre Repperie fortsetzen. Mitteilungen, die geeignet sind, auch sie unschädlich zu machen, nimmt die Dienststelle B. II. 3 im Zimmer 392a des Polizeipräsidiums, Hausanruf 448, entgegen.

Um die Berliner Werkstarife.

Auf Grund von Anträgen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei hat ein Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung in zwei langen Sitzungen sich mit der Festsetzung der Werkstarife für den Monat März eingehend beschäftigt. Der Ausschuss kam schließlich zur Annahme eines Antrages des Stadtverordneten Dr. Richaelis, der Verminderung zu empfehlen, die Anträge der Rechtsparteien durch die erschöpfenden Auskünfte der Werkstarifdirektoren für erledigt anzusehen. Die ganze Diskussion spielte sich im Ausschuss in erster Linie zwischen den Mitgliedern der Deutschen Volkspartei selbst ab. Wohl alle Anwesenden hatten den Eindruck, daß diese Anträge weniger sachlichen Motiven als dem Bedürfnis passiver Agitation entsprangen. So sehr man auch einen besseren Ausbau der Berliner Werke wünscht und für notwendig halten kann, so läßt sich doch nicht verkennen, daß die Berliner Tarife stets bedeutend unter den Tarifen anderer Städte geblieben sind und daß die Stadt aus ihren Werken noch keineswegs übermäßige Gewinne erzielt hat. Die Beziehung zwischen Kohlenpreis und Werkstarifen ist eine unermessliche und kann von niemandem aufgehoben werden. Eine weitere Senkung der Werkstarife, wie sie jetzt ersreuerweise eingetret ist, wird darum stets von den Kohlenpreisen abhängen, auf die die Stadt ja selber keinen Einfluß hat.

Das kostspielige Sterben.

In einer Verfügung des Ministers des Innern, die den Zweck verfolgt, die Bestattungskosten für weite Volksteile erträglich zu gestalten, heißt es unter anderem: „Im Einvernehmen mit dem Volkswohlfahrtsminister und dem Kultusminister sollen die bestehenden Polizeiverordnungen, Friedhofsordnungen usw. — nötigenfalls im Einvernehmen mit den Religionsgesellschaften — auf Wunsch des Innenministers daraufhin durchgesehen werden, ob mit Rücksicht auf die heutigen Verhältnisse einzelne Vorschriften im Interesse der Kostenersparnis aufgehoben oder erleichtert werden können, soweit es sich mit den sanitären Vorschriften, dem Gebot von Sitte und Anstand sowie den Gesetzen irgend vereinbaren läßt. — Die Bestattung soll im weitesten Umfange auf die Wohlthaten der privaten, kirchlichen und gemeindlichen Sterbefassen hingewiesen werden. — Den Gemeinden und Gemeindeverbänden, die eigene Bestätten besitzen, ist zu empfehlen, billiges Holz zur Herstellung von billigen Särgen abzugeben; eine gleiche Anregung soll gegebenenfalls bei den Besitzern größerer Privatbestätten erfolgen. Endlich soll mit den Sargfabrikanten und Beerdigungsinstituten Fühlung genommen und ihrer Preisbildung ein besonderes Augenmerk gewidmet werden.“

Im Zeichen der Wohnungsnot.

Durch mehrere Runderlasse vom Jahre 1918 hatte der Minister der öffentlichen Arbeiten zur Bekämpfung der Wohnungsnot der Freigabe bisher verbotener Dachgeschosse Wohnungen zugestimmt und die Frist für die baupolizeiliche Genehmigung auf höchstens 5 Jahre festgesetzt. Die Räumungsfrist der ersten zugelassenen Dachgeschossewohnungen würde also, so wird in einem neuen Erlaß des Ministers für Volkswohlfahrt ausgeführt, in diesem Jahre ablaufen. Da hieran bei der herrschenden Wohnungsnot noch nicht zu denken ist, soll die Räumungsfrist überall angemessen, nicht jedoch über 15 Jahre hinaus, verlängert werden. Gleichzeitig erklärt sich der Minister damit einverstanden, daß jetzt noch Dachgeschosse über das baupolizeilich zulässige Maß hinaus zu Wohnungen eingerichtet werden. Als Benutzungsbauer

für derartige Wohnungen wird eine Frist von 20 Jahren für angemessen erachtet. Doch kann in der zweiten Hälfte dieser Frist nachträglich eine Benutzungsbauer von weiteren 5 Jahren in Fällen zugelassen werden, in denen der Bauherr nachweist, daß die Herrichtungskosten einschließlich der Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten so hoch sind, daß sie innerhalb von 20 Jahren durch Mietereinnahmen und Gewährung von Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln nicht getilgt werden können. Eine Vereinerung des Zustandes durch Fortfall jener Befristung darf nicht zugelassen werden. Es muß allen Beteiligten unzweifelhaft zum Ausdruck gebracht werden, daß es sich nur um eine vorübergehende aus der Wohnungsnot entspringende Maßnahme handelt.

Abgabe der Steuererklärungen.

Es ist das Gerücht verbreitet, daß die Frist für die Abgabe der Einkommen- und Vermögenssteuererklärungen abermalt, und zwar bis Ende Mai oder gar Ende Juni hinausgeschoben werden solle. Diesen Gerüchten gegenüber weist die Nachrichtenstelle des Reichsfinanzministeriums darauf hin, daß eine allgemeine Verlängerung der Steuererklärungsfristen vollkommen ausgeschlossen ist. Die Steuererklärungen müssen vielmehr bis Ende April abgegeben und die vorgeschriebenen Zahlungen (Rückzahlung auf die Einkommensteuer, Vorauszahlung auf die Zwangsanleihe) geleistet werden. Die Steuerpflichtigen werden in ihrem eigenen Interesse gut daran tun, nicht bis zum Schlusse des Monats zu warten, sondern schon jetzt die Abgabe der Steuererklärungen und die Zahlungen vorzubereiten. Wer bis zum Ende des Monats keine Steuererklärung abgegeben hat, muß sein Einkommen und Vermögen schätzen und danach die vorgeschriebenen Zahlungen leisten. Wer zu wenig zahlt, hat die im Gesetz vorgesehenen Zuschläge von 15 und 30 Proz. zu gewärtigen.

Lohnabzug bei Direktoren. Noch immer ist die Ansicht vertreten, daß bei Direktoren, Vorstandsmitgliedern, Praktikanten und sonstigen leitenden Angestellten von Aktien-Gesellschaften, Kommanditgesellschaften a. A., Gesellschaften mit beschränkter Haftung und anderen derartigen Unternehmungen nur das feste Gehalt Arbeitslohn darstelle und daher nur von ihm der Steuerabzug vorgenommen zu werden brauche. Im Hinblick darauf, daß zahlreiche Gesellschaften in den nächsten Wochen ihre Abschlässe machen, sei nochmals darauf hingewiesen, daß diese Auffassung irrig ist. Alle Bezüge, die die leitenden Angestellten von Erwerbseinkünften, gleichviel unter welchem Namen und in welcher Form erhalten, stellen Arbeitslohn dar, insbesondere auch garantierte und nicht garantierte Lohntelme. Es ist daher auch an ihnen der Steuerabzug vorzunehmen. Es liegt im eigenen Interesse der Gesellschaften, die Vorstände, auf die die Verbände von Industrie, Handel und Gewerbe vor einiger Zeit ausdrücklich hingewiesen worden sind, pünktlich zu befolgen. Die Finanzämter sind angewiesen, mit allem Nachdruck einzuschreiten, wenn der Steuerabzug nicht ordnungsmäßig vorgenommen ist.

Die 4. Groß-Berliner-Labak-Messe wird am Sonnabend, den 14. April, vormittags 11 Uhr, in den Besamträumen der „Neuen Welt“, Hofenheide 108—114, eröffnet. Die Besichtigung ist sehr reichhaltig; mehr als 300 Firmen zählen als Aussteller. Die Messe ist vom 14. bis einschließlich 17. April täglich von vormittags 11 Uhr bis abends 10 Uhr geöffnet, am letzten Tage, Dienstag, den 17. April, wird die Messe bereits um 7 Uhr abends geschlossen. — Eintrittskarten versendet die Direktion der Labak-Messe, Berlin S. 59, Hofenheide 63, gegen Rückporto.

Die Einreise ins Remeigebiet. Von amtlicher Stelle wird darauf hingewiesen, daß vom 11. April ab Reichsdeutsche, die ins Remeigebiet einreisen, mit einem Sichtvermerk versehen sein müssen, der in der litauischen Gesandtschaft in Berlin, dem litauischen Konsulat in Königsberg oder dem litauischen Vizekonsulat in Tilsit ausgestellt wird. Die Visagebühren betragen 17 Eis gleich 35 000 M.

Um die Wohnung im Fürstenschloß.

Die rückfälligen Richter.

Wie wir vor einiger Zeit berichteten, ist zwischen der Prinzessin Schönaich-Carolath, der Witwe des früheren Reichstagsabgeordneten, und einem Kaufmann Schulz ein Prozeß entstanden, da die Schlossverwaltung der Prinzessin den Kaufmann mitten im Winter aus seiner ihm im Schloß Stargedel bei Guben angewiesenen Wohnung ermittelt und ihm eine Notmehnung über dem Stall des Schlosses Amtig anwies. Diese Wohnung war nicht heizbar und ein Vertreter des Regierungspräsidenten Reike leit, daß sie für Wohnzwecke völlig ungeeignet sei. Das Landgericht Guben hatte jedoch der Prinzessin die Erlaubnis gegeben, den Kaufmann aus seiner rechtmäßigen Wohnung im Schloß Stargedel zu ermitteln und dieses Urteil war vom Regierungspräsidenten durch eine Verfügung angefochten worden. Nun fand wieder eine neue Verhandlung statt, in der das Landgericht die Sache abermals vertagte, um der Prinzessin Gelegenheit zu geben, sich wegen der Verfügung des Oberpräsidenten beim Wohlfahrtsministerium zu beschweren. Auch die Entscheidung darüber, ob die Prinzessin berechtigt sei, von dem Kaufmann die Kosten für die zwangsweise Räumung seiner Wohnung einzutreiben, oder ob sie verpflichtet sei, diejenigen Möbel, die sie als Sicherheit gepfändet hatte, wieder herauszugeben, wurde bis zur nächsten Verhandlung vertagt.

Es ist doch wirklich ein Skandal, daß sich die „bürgerliche Kamaille“ von einem Kaufmann gegen die Handlungen einer hochwohlgeborenen Prinzessin auflehnen wagt. Früher behnte man solches „Pöbel“ mit Hund und Hof, und wenn sie auf der Landstraße verreckten, war die Sache erledigt. Heute natürlich müssen sich höchstselben vor den Gerichten mit dem bürgerlichen Volk herumschlagen und so ein Gerichtshof der Republik gibt ihrer Habsucht gütlich Gelegenheit, sich wegen der geradezu unfaßbaren Verfügung eines Oberpräsidenten zu „beschweren“, statt einfach dem auffälligen Menschen aufzugeben, ihre Habsucht mit seiner „schönen Zudringlichkeit“ zu versehen.

Eine seltene Jagdbeute. In der Nähe von Gummerloff-Alt an der Nordsee ist ein Riesenhäcker heruntergebeut worden. Es ist ein seltener Fall, daß ein Gebirgsadler sich in die nördlichen Gegenden verirrt.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Kreis- und Abteilungsvorstände!

Heute abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelwerf 24/25, Saal 1.

Vorstandskonferenz.

Tagesordnung: Wie folgern wir die Aktivist in unserer Partei? Referent: Genosse Franz Künzler.

An dieser Konferenz nehmen teil der Bezirksvorstand, ein weiterer Vertreter der Kreisvorstände und je ein Vertreter der Abteilungsvorstände. Die Abteilungsvorstände sowie die Vertreterinnen der Frauen sind ebenfalls eingeladen. Das Bezirkssekretariat.

1. Kreis Bernauer Berg, heute, Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, bei Gott. Anprobe, 600 Darslebenstraße, Sitzung des Kreisbildungsausschusses. Alle Abteilungen müssen vertreten sein.
2. Kreis Ansbach, heute, Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, bei Gott. Anprobe, 600 Darslebenstraße, Sitzung des Kreisbildungsausschusses. Alle Abteilungen müssen vertreten sein.
14. West-Berlin, Sonntag, den 8. April, vormittags 9 Uhr, im Lokal von Schmidt, Einberufen, wichtige Parteikonferenz. Anwesenheit der Kreisleiter. Sonntag, den 8. April, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Schmidt, Anprobe, 600 Darslebenstraße, Sitzung des Kreisbildungsausschusses. 1 Uhr an folgenden Schulen: 1. Dorotheenburger Weg, 2. Dorotheenstraße, 3. Dorotheenplatz, 4. Kottbuscher.

Kampf den Volksseuchen!

Von Luise Schröder.

Wohl nur wenige Geseze sind so umstritten und haben ein Schicksal erlebt wie das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Bereits im Jahre 1918 hatte der damalige Ausschuss für Bevölkerungspolitik einen ähnlichen Gesetzentwurf durchgearbeitet, als die Revolution ausbrach, der alte Reichstag nach Hause gefandt wurde und dadurch auch dieses Gesetz wie manches andere unvollendet blieb. Der jetzige Entwurf wurde im Jahre 1921 dem Reichsrat unterbreitet; aber erst den Bemühungen des sozialdemokratischen Innenministers Dr. Kästner gelang es, zwei Jahre später den Entwurf aus dem Reichsrat herauszubringen und dem Reichstag zu überweisen. Die Verhandlungen im bevölkerungspolitischen Ausschuss des Reichstages, der nun endlich seine fast einjährigen Beratungen dieser Materie beendigt hat, haben ein Bild von der Schwierigkeit, der entsetzlichen Volksseuche Herr zu werden, gleichzeitig aber auch ein Bild von der unbedingten Notwendigkeit dieser Arbeit gegeben. Der Kampf aber, der draußen in der Bevölkerung gegen dieses Gesetz entbrannt ist, ist auch jetzt noch nicht zu Ende, und es ist zu befürchten, daß er auch durch die wahrscheinlich nach Ostern erfolgende endgültige Verabschiedung des Gesetzes im Plenum des Reichstages noch nicht beendet wird.

Von zwei Seiten wird Sturm gelaufen: einerseits von den Anhängern der Kurierfreiheit, das heißt den Anhängern der Naturheilkunde und der Biochemie, auf der anderen Seite von den Anhängern der polizeilichen Reglementierung der Prostituierten.

Wenn von den Ersteren behauptet wird, daß das Gesetz mit seinem Zwang für den Geschlechtskranken, sich von einem Arzt behandeln zu lassen, einen Eingriff in die persönliche Freiheit darstelle, so ist das natürlich nicht ganz von der Hand zu weisen, obgleich im Gesetz nichts gegen die Naturheilmethoden, die in Deutschland doch auch von einer ganzen Anzahl approbierter Ärzte angewandt wird, gesagt ist. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Ausschuss alles getan, um den Anhängern der Naturheilmethoden die Möglichkeit zu geben, sich auch von einem Nichtarzt behandeln zu lassen, falls diese Behandlung unter der Kontrolle eines Arztes stattfinden. Alle dahingehenden Anträge sind jedoch mit erdrückender Mehrheit abgelehnt worden. Wenn nun aber eine Agitation dafür betrieben wird, unter diesen Umständen das Gesetz abzulehnen, so wird sich wohl jeder die Frage vorlegen müssen, ob er es verantworten kann, die persönliche Freiheit über das Allgemeininteresse zu stellen; denn um nichts anderes handelt es sich angesichts der Tatsache, daß nach den im Ausschuss gemachten Mitteilungen in Deutschland jährlich eine Million behandlungsbedürftiger Geschlechtskranker sind, das heißt jeder sechzigste Mensch in Deutschland — Säuglinge und Greise eingerechnet — eine Gefahr für die Gesundheit, für Arbeitsfreude und Lebensglück seiner nächsten Angehörigen wie seiner Mitmenschen überhaupt bildet. Wer einmal einen Blick in unsere Adiotenanstalten und dort in die blöden Augen unglücklicher Kinder getan hat, die den Sünden der Eltern zum Opfer fielen, wer einmal die dermatologische Abteilung eines Krankenhauses aufgesucht und das Elend junger Mädchen auf sich hat wirken lassen, der weiß, was für eine ungeheure Verantwortung in dieser Hinsicht auf uns lastet.

Für uns Sozialdemokraten aber mußte es eine Selbstverständlichkeit sein, nicht nur neue Zwangsvorschriften zu schaffen, sondern vor allem dafür zu sorgen, daß hier kein Klassengesetz gegen die arbeitende und ärmere Bevölkerung geschaffen wurde und daß gleichzeitig ausgeräumt wurde mit dem alten Unrecht gegen einen Teil der weiblichen Bevölkerung, wie wir es haben in Gestalt der Bordelle und der polizeilichen Reglementierung, die beide den Mädchen den Rücktritt in das bürgerliche Leben unmöglich machen. Gerade dieses Festhalten eines großen Teils der bürgerlichen Parteien an der Reglementierung hat die Verhandlungen so lange hinausgezögert und hat mehr als einmal dazu geführt, die Verhandlungen nahezu zum Scheitern zu bringen. Hier aber gab es für uns Sozialdemokraten, die in der ersten Streikfrage naturgemäß nicht immer einer Ansicht waren, keine Meinungsverschiedenheiten. Wer weiß, in welche Gefahren der Krieg mit seinem Fehlen der erteilten Erziehung, die Nachkriegszeit mit ihrer Arbeitslosigkeit und der Verführung durch valutarstarke Ausländer unsere Arbeitertöchter gebracht hat, der sieht wohl mit tiefer innerer Erschütterung das Bild der Friedrichstraße in Berlin und so mancher Gegend anderer Städte. Der Gedanke aber daran, wie manches dieser Opfer nicht hätte gebracht werden brauchen, ohne die Schäden des kapitalistischen Systems und ganz besonders seines schlimmsten Auswuchses, des Krieges, wird ihn verhindern, sich pharisäerhaft über dieses buntbesätere armeneliche Menschenvolk zu erheben. Vor allem wird er alles daransehen müssen, um den durch die natürliche und doch durch die Kriegswirkungen bei so vielen jungen Menschenkindern unbefriedigte Sehnsucht nach Lebens- und Jugendfreude irregulierten Mädchen den Weg in ehrliche Arbeit zurück offenzuhalten.

Was in dieser Hinsicht im Ausschuss erreicht worden ist, ist gewiß nicht ideal. Hier standen sich in der Verschiedenheit der Weltanschauung begründete Gegenstände gegenüber, und sollte nicht alles scheitern, so mußte versucht werden, einen Mittelweg zu finden. Hingegen kommt, daß trotz des Vorangehens anderer Länder, wie Dänemark, Desterreich, Großbritannien, Schweden, alle gesetzgeberische Arbeit auf diesem Gebiete einen Versuch darstellt, sowohl was den Zwang zur Inanspruchnahme des Arztes anbetrifft, als auch was eine Neuregelung der leider nicht von heute auf morgen aus der Welt zu schaffenden Prostitution anbelangt. Wenn aber nach den bisherigen Verhandlungen der Grundgedanke zur Geltung gekommen ist, an die Stelle polizeilicher Macht sozialistische gesetzliche Maßnahmen zu setzen, so ist hierin ganz gewiß ein großer Fortschritt gegenüber dem Bestehenden zu sehen.

Nun wird, wie schon gesagt, in der Tagungszeit nach Ostern das Plenum des Reichstages das Wort haben. Aber auch der Reichsrat, der bei der ersten Beratung dem Regierungsentwurf nicht voll zugestimmt hat, wird sich noch einmal überlegen müssen, ob er Einspruch gegen den früheren Geist des Gesetzes erheben will. Es dürfte deshalb für heute keinen Zweck haben, auf die einzelnen Bestimmungen dieses Gesetzes einzugehen. Das eine sei aber heute schon gesagt: die sozialdemokratische Fraktion wird sich niemals dazu verstehen, ein Klassengesetz oder ein Ausnahmegesetz gegen die Frauen mitzumachen; lediglich die Sorge um das Allgemeinwohl kann sie veranlassen, Zwangsbestimmungen mitzumachen, die dann aber auch gegen alle Schichten gleichmäßig zur Anwendung kommen müssen.

Die Ungelernten.

Den Wandel der Dinge läßt uns auch die heutige Stellung der ungelerten Arbeiter im Wirtschaftsleben deutlich erkennen. Solange das Kleingewerbe vorherrschte und die Lehrlinge beim Meister in Kost und Logis gehalten wurden, war es fast allen Eltern möglich, ihre Söhne in eine Lehre zu geben. Den Ungelernten, den „Fabriklern“, halfen deshalb noch das Odium der Minderwertigkeit an, trotzdem die sich ausbreitende Industrie ihrer bedurfte und sie aus den entlegensten Dörfern heranzog. Die Ungelernten hatten oft die unangenehmsten und schwersten Arbeiten zu verrichten bei durchweg schlechterer Bezahlung und waren so von vornherein auf eine niedrigere Lebenshaltung gestellt als die gelernten Arbeiter. Hingegen kam, daß der gelernte Arbeiter, der Geselle, selbständig werden konnte, während der Ungelernte zeitweiliger Arbeiter, „unselbständig“ blieb. Die Ungelernten blieben meist an ihre Arbeitsstätte gebunden oder doch an den Ort ihrer Tätigkeit, während die Handwerksgehilfen auf die Waise gingen, ein wenig in der Welt herumkamen, ihren Geschäftskreis erweiterten, mehr abgeschliffen und manierter wurden.

Es war kein Zufall, daß für die gewerkschaftlichen Organisationsbestrebungen zunächst nur die gelernten Arbeiter in Betracht kamen, die Gewerkschaftsverbände auf beruflicher Grundlage aufgebaut wurden. Mit der fortschreitenden Industrialisierung änderte sich allmählich das Bild. Die Zahl der Ungelernten wurde so groß, daß die Gelernten mehr und mehr mit ihnen zu rechnen hatten. Eine immer größere Zahl von Gelernten sah sich von der erhofften Selbstständigkeit ausgeschlossen, wurde als Geselle oder Gehilfe für den Beruf „zu alt“ und war daher gezwungen, ihn an den Nagel zu hängen und als Ungelernte in der Industrie Arbeit zu nehmen, zu den Ungelernten zu gehen. Mancher erst dann, nachdem er als Selbständiger Schiffbruch gelitten hatte. Diese früheren Gelernten waren es denn auch meist, die die Ungelernten auftritten. Eine Reihe kleinerer Berufsverbände schlossen sich zu Industrieverbänden zusammen, in die auch die Ungelernten Aufnahme fanden als gleichberechtigte Mitglieder. Auch für die Ungelernten wurden Gewerkschaften gegründet, wie der Fabrikarbeiter, der Transportarbeiter, und der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, deren Begründer und Leiter aus den verschiedensten Berufen als frühere Gelernte gekommen waren.

In der Kriegs- und Nachkriegszeit wurde das Verhältnis zwischen Gelernten und Ungelernten noch mehr verschoben. Nach und nach kam es dahin, daß zwischen dem Arbeitslohn der Gelernten und der ungelerten Arbeiter, wie im Brauereigewerbe und anderen Gewerben, kaum mehr ein nennenswerter Unterschied besteht. Die bürgerliche Presse bringt immer wieder die Klagen der Profiteure über solche schreckliche Gleichmacherei. In dieser Erscheinung kommt jedoch lediglich die Tatsache zum Ausdruck, daß auch die ungelerten Arbeiter sich dank ihrer gewerkschaftlichen Organisation ausgerafft haben, während manche Berufsarbeiter, sei es durch ungünstige Konjunkturbedingungen, mangelnde Organisation und sonstige Umstände, ins Hintertreffen gekommen sind. Der bewußt falsche Schlußfolgerung, daß die Löhne der Ungelernten im Verhältnis zu den Löhnen der Gelernten zu hoch seien, muß die richtige Folgerung entgegengehalten werden, daß diese nicht zu hoch, sondern jene zu niedrig sind. Die Kreise, die von „Leistungslohnen“ sprechen, finden unseren Beifall, wenn es sich darum handelt, die Löhne der qualifizierten Arbeiter zu erhöhen. Nicht aber in dem Bestreben, nur einen größeren Abstand zwischen den Löhnen der Ungelernten und den „Leistungslohnen“ der Gelernten dadurch herzustellen, daß die Löhne der Gelernten nicht erhöht, sondern beibehalten und die der Ungelernten mehr herabgedrückt werden, worauf die Klagen über die mangelnde Berücksichtigung der Leistungen auf Unternehmerseite hinauslaufen.

Nicht alle Arbeiter können heute mehr Gelernte sein, da weit mehr Ungelernte gebraucht werden. Es kommt aber auch nicht darauf an, ob ein junger Mensch in formeller Lehrzeit oder in ebensolanger Zeit als ungelertener Arbeiter tätig war, als vielmehr darauf, daß er sich die zu seiner Tätigkeit erforderliche Sach- und Fachkenntnis, die nötige Übung angeeignet hat, daß er die Augen offenhielt, wo es etwas zu sehen gab, seinen Verstand gebrauchte, wo es etwas zu lernen gab. Ein aufgeweckter Ungelernter kann es mit einem mangel- und stümperhaften Gelernten jederzeit aufnehmen.

Das sei zum Trost all der Schulklassen gesagt, die entweder keine geeignete Lehrstelle fanden oder deren Eltern die Opfer einer mehrjährigen Lehrzeit nicht erschwingen können. Auch der Ungelernte kann lernen, ein tüchtiger Mensch werden, wenn er an seiner Weiterbildung arbeitet, die mannigfachen Anregungen und Einrichtungen dazu gehörig nützt. Mancher Gelernte wird später zu ihm kommen, um als Ungelernter eine bessere Existenz zu finden, als sie ihm sein erlernter Beruf bieten kann. Der Ungelernte spart Geld und Zeit. Um so mehr muß er seine Zeit nützen, um zu lernen. Lernen muß jeder! Wer keine Lehrzeit zurücklegen kann, soll erst recht lernen, um den Mangel einer Berufslehre möglichst auszugleichen. Das kann jeder „Ungelernte“, der es ernstlich will.

Wirtschaft

Rohstoffindustrien und Kohlenpreise.

Wie aus der amtlichen Statistik eindeutig hervorgeht, sind es die mit ihren Preisen unmittelbar am Weltmarktpreisstand angehängten Rohstoffindustrien, die sich am hartnäckigsten gegen den Preisabbau sträuben. Erst in letzter Zeit hat man z. B. die Preise für Stahlfabrikanten erheblich, nämlich um 20 Proz. herabgesetzt, und auch das erst, nachdem der Abbau der Kohlenpreise erfolgt ist und die Absatzstockung am Düngemittelmarkt stark um sich gegriffen hat. Die Kohlenindustrie dagegen, die so oft ihre Preisheraufsetzungen mit den gestiegenen Kohlenpreisen und Löhnen begründet hat, veröffentlicht jetzt, nachdem die Kohlenpreise abgebaut sind und die Löhne nicht mehr steigen, folgende Mitteilung:

„Die Ermäßigung der Kohlenpreise und der Kohlensteuer, welche ab 1. April d. J. eingetreten ist, auf die vorhandenen Kohlenvorräte aber keine Anwendung findet (1), würde das Kalibndikat in den Stand setzen, auf Grund der bisherigen Berechnungen bei Preisrückführungen die Kohlenpreise um etwa 4 Proz. herabzusetzen. Wir können uns von einer solchen Preisermäßigung eine Verstärkung der Kalibndung im Monat April, welche wegen der diesjährigen Ernte sehr zu wünschen wäre, nicht versprechen. Sollten aber im Laufe des Monats weitere Preisermäßigungsgründe eintreten, beispielsweise Aufhebung der Ausfuhrabgabe, Herbilligungen der Frachten, Ermäßigungen der Braunkohlenpreise usw., so würden uns diese in den Stand setzen, der inländischen Landwirtschaft erhebliche Sommervergütungen zu gewähren, um so nach dem Beispiel des vorigen Jahres dafür zu sorgen, daß die Landwirtschaft rechtzeitig zu Vorzugpreisen ihren Kalibbedarf für die Herbstbündung decken kann.“

Im jedoch diejenigen Landwirte, welche noch im Monat April für die Ropfbündung ihrer Getreideäcker und für die Düngung der Rüben- und Kartoffelfelder Kalibsaße beziehen möchten, im Preise nicht schlechter zu stellen als die Kalib-Bezieher, geben wir schon heute die Versicherung, daß wir auf alle Aufträge, welche zur prompten Lieferung ab 10. April bei uns eingehen, nachträglich

diejenigen Vergütungen in voller Höhe einräumen werden, die für die erste Hälfte des Monats Mai zur Anwendung gelangen sollten.

Der kritische Leser sieht: Wir können die Preise um 4 Proz. herabsetzen, wollen das aber nicht, weil die Regierung einige unserer Forderungen nicht erfüllt. Vielleicht werden wir später Sommerabatte geben, dann nämlich, wenn die Regierung pariert. Und in diesem Falle sollen diejenigen, die jetzt schon bestellen, die gleichen Rabatte bekommen.

Hier wird also vom Kalibndikat ein politischer Druck auf die Regierung ausgeübt und obendrein die Landwirtschaft zu Hilfe gerufen, die Sondergaben bekommen soll, wenn sie sich mit in den Karren der Preisforderungen des Kalibndikats einspannen läßt.

Das Verfahren mutet reichlich merkwürdig an im Munde derer, die jedesmal, wenn es an die Besteuerung der Gewinne herangeht, dagegen protestieren, daß man „Politik mit Wirtschaft durcheinander bringe usw.“. Im Interesse der Verbraucher, auf deren Rücken sich die Sache abspielt, muß gegen diese Art rückwärtsloser Monopolpolitik Einspruch erhoben werden.

Eine andere Industriebranche, der jede Kohlenpreiserhöhung ein willkommenes Anlaß zur Erhöhung ihrer Preise und ihrer Gewinne war, ist die Grobeisenindustrie. Als nun die Kohlenpreiserhöhung erfolgte, ließ man von Düsseldorf aus mitteilen, daß nur eine geringe Ermäßigung in Betracht komme. Man wies bei diesem Anlaß darauf hin, daß die Selbstkosten der Hütten gesteigert werden durch unproduktive Arbeiten, die im Hinblick auf die Veranschaulichungen geleistet werden mußten. Jetzt liegt eine Ermäßigung der Roheisenpreise vor. Sie beträgt für inländisches Roheisen ganze 5 bis 8 Proz. Die Gubeisenarbeiter haben sich dieser Preisermäßigung angeschlossen.

Die Eisenindustrie hat sich, als die Mark fließt, durch ihre rückwärtslose Preispolitik sehr hervorgetan und niemals daran Anstoß genommen, die Weltmarktpreise zu überschreiten. Wenn man jetzt sich darauf beruft, daß man ja auf Lager arbeiten müsse, und daß unproduktive Arbeiten geleistet werden müßten, so ist dazu zu bemerken, daß beides in einem hohen Grade den Wert zuzugute kommt. Um die Lagerbestände durchhalten zu können, bis Absatzmöglichkeit da ist, bekommen die Industriellen Kredite zu Sätzen, wie sie andere Industrien nicht zur Verfügung haben. Die „unproduktiven Arbeiten“ sind oft und wohl in der Mehrzahl recht produktiv, soweit sie zur Ausgestaltung und Verbesserung der Werksanlagen dienen. Dafür aber die Kosten auf den Verbraucher abzubürden, ist doch mindestens in einer Zeit, wo die Parole des Preisabbaus gilt, nicht zulässig.

Die Eisenindustrie tut sich selbst mit der Hochhaltung der Preise keinen guten Dienst. Schon jetzt werden die Spandaktpreise am freien Markt von Händlern unterboten, die sich billiger eingebracht hatten und denen die Stützung der Mark einen Strich durch die sonst so glänzende Rechnung gemacht hat. Keiner weiß, wie sich die Marktlage gestalten wird und wie die Preise sein werden, wenn einmal die großen, jetzt im Westen aufgesammelten Vorräte ins Rollen kommen und ihre Abnehmer suchen werden. Dann aber ist zu befürchten, daß der Markt durch erzwungene Preisherabsetzungen noch mehr heimsüchtigt wird, während ein rechtzeitiger Abbau der Preise die Kaufkraft der Arbeiter stärkt. Es kommt hinzu, daß sich nach der berühmten Theorie vom Wiederbeschaffungspreis die Preise verarbeiteten Eisens, also der Maschinen usw. auch dann nach den amtlichen Rohstoffpreisen richten, wenn, wie jetzt, infolge der Veranschaulichungen der Rohstoffe zum den liefernden Werken gar nicht zu erhalten ist. So ist die Hochhaltung der Eisenpreise eine Ursache unzulässiger Verteuerung vieler anderer Produkte. Gerade deshalb ist hier ein entschiedener Preisabbau eine dringende Notwendigkeit.

Das deutsche Hungerdumping.

Jahrelang hatte die deutsche Industrie vor der des Auslandes einen großen Vorsprung dadurch, daß sie infolge des schlechten Standes der Mark in der Lage war, die Weltmarktpreise weit zu unterbieten. Jetzt ist der Preisvorteil der deutschen Produktion, auch wenn man die Preise in fremde Währung ausdrückt, wesentlich zurückgegangen. Trotzdem können deutsche Waren, die denen des Auslandes ebenbürtig sind, um 50 oder mehr Prozent billiger geliefert werden, als es die dortigen Produktionsbedingungen zulassen. Handelt es sich hier nur um Warenverschleuderung auf Kosten des inländischen Verbrauchers?

Die in der Schweiz erscheinende Monatschrift „Die Kurve“ untersucht die Ursachen dieses deutschen Scheuderevortes und kommt zu dem Ergebnis, daß die Exportfähigkeit der deutschen Industrie zu niedrigeren Preisen herbeigeführt ist durch das Hungerdumping der deutschen Arbeiterschaft. Vor dem Kriege gab es innerhalb der zentral-europäischen Staaten einschließlich Englands eine gewisse Stabilität der internationalen Lebenshaltung. Die europäische Arbeiterschaft mußte ungefähr 45 bis 55 Proz. ihres Einkommens auf die Ernährung verwenden, und darin waren die Verhältnisse in der Schweiz, in Deutschland, in Desterreich und in England annähernd einander gleich. Der Arbeiter eines Landes konnte ohne wesentliche Schwierigkeiten sich an die Existenzbedingungen eines anderen Landes gewöhnen. Dadurch war auch eine gleichartige Grundlage für die Konkurrenzverhältnisse der verschiedenen Länder geschaffen.

Heute hat sich das wesentlich geändert. Ca. 10 Millionen deutscher Arbeiter müssen 70 bis 80 Proz. ihres Einkommens allein für die Ernährung auswenden. Sie leben unter den gleichen Existenzbedingungen wie der chinesische Arbeiterhaushalt. Der qualifizierte Arbeiter kann heute trotz der niedrigeren Löhnen höchstens 45 bis 50 Proz. von dem verdienen, was er früher zu seinem Unterhalt gehörig anfaß.

Die niedrigen Löhne ermöglichen es der deutschen Industrie, mit niedrigeren Preisen im Ausland zu konkurrieren. Mit Recht bezeichnet „Die Kurve“ die Frage als eine internationale Angelegenheit. Nehmen wir an, die deutsche Industrie hätte vor dem Kriege Kullis importiert, um die französische, belgische, englische und schweizerische Industrie auf dem Wege der billigeren Lebenshaltung der Arbeitkräfte im Konkurrenzkampf zu schlagen und der nichtdeutschen Industrie wäre ein gleicher Ausweg verweigert geblieben. Hätte diese Tatsache nicht die ganze Welt aufgerüttelt? So fragt das Blatt.

Der Aufsatz kommt zu dem Schluß, es sei undenkbar, daß ein Volk von 60 Millionen im Zeitalter der Verkehrswirtschaft eine so elende Lebenshaltung durchmachen muß, ohne daß es die Konkurrenzstaaten am eigenen Leibe in gleicher Form büßen müssen. Je länger die Regelung der Reparationen aufgeschoben wird, um so schwerer muß auch die Lage für die übrigen Staaten werden. Denn alle Völker müssen infolge der internationalen Konkurrenz der Waren die Folgen der deutschen Verelendung mittragen helfen.

Die Ausführungen des Schweizer Blattes sind außerordentlich bemerkenswert. Sie sind ein Appell an das Weltgewissen und an den Verstand der Welt zugleich, die entsetzlichen Schäden der verfehlten Reparationspolitik im Interesse aller Länder zu heilen.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Devisenliste sind noch folgende Devisen nachzutragen: 1 belgischer Frank 1192,01 Gelb, 1197,09 Brief; 100 österreichische Kronen (schonf.) 29,52 Gelb, 29,68 Brief; 1 ungarische Krone 4,78 Gelb, 4,82 Brief; 1 bulgarische Bwva 158,85 Gelb, 159,15 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 208,97 Gelb, 210,08 Brief. 100 Polenmark galten im freien Verkehr ca. 50 Pf.

Jugendveranstaltungen.

Verbelegert Grenzauer Berg. Heute abend findet im Jugendheim, Oberberger Straße (Koblenhof), die Fortsetzung der Konferenz der Verbelegerten Verbände statt.

Morgen, Sonntag, den 8. April:

Verbelegert Westen. 9 Uhr Verbelegertvorstandskonferenz im Jugendheim, Charlottenburg, Röhrenstr. 4.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die für Sonntag, den 8. April, vorgesehenen Abonnementvorstellungen nicht mehr stattfinden.

Arbeitersport.

Der Kreistag aller Fußball spielenden Vereine der Märkischen Spielvereinigung findet am 14. April, abds. 7 Uhr, in der Fichte-Kaufe, Reinickendorfer, Thuner Straße (am Schäfersee) statt.

Der RSB. Was unternehmen wir gegen die Frauen Vereine und Verbände. Tagespresse. Anträge. Verschiedenes.

Nachzutragende Oster-Fußballergebnisse.

Tasmania-Freibühnen 1-Küßlich-Berndts 1:1:5 (1:5). Am 1. Feiertag fanden sich obige Mannschaften zum Freundschaftsspiel gegenüber.

Ostereisen des S. C. Sparta 1911. Am 1. Osterfeiertag spielte S. C. Sparta 1911 mit einer Jugend- und drei Männermannschaften in Burg, am gegen den dortigen Bezirksmeister, den vereinigten freien Turnern, ein Freundschaftsspiel ausgetragen.

Das Kreisendspiel. Am Sonntag, den 4. April, werden sich Germania und der Mariendorfer Sport-Club zum letzten Endspiel um die Berliner Meisterschaft treffen.

Die Kreistage aller Fußball spielenden Vereine der Märkischen Spielvereinigung findet am 14. April, abds. 7 Uhr, in der Fichte-Kaufe, Reinickendorfer, Thuner Straße (am Schäfersee) statt.

auf dem Kampf gegen die weiblichen Fußballvereine. Das Spiel fand am 4. April statt.

Märkische Leichtathletik-Vereinigung. Am Sonntag, den 4. April, findet in der Jungfernhöhe der diesjährige Frühjahrs-Reiselauf statt.

Arbeitersportartikel, 13. Bezirk. Heute abend 7 Uhr im „Fichte“-Saal, Mariendorf, außerordentliche Parteivorstellung.

Turn- und Sportverein „Fichte“, Berlin. Sonntag, den 4. April, vorm. 9 Uhr, Antreten zum Frühjahrs-Turnplatz Kretzow.

Arbeitersportartikel, 13. Bezirk. Heute abend 7 Uhr im „Fichte“-Saal, Mariendorf, außerordentliche Parteivorstellung.

Theater Lichtspiele u. w.

Opernhaus 9 1/2 Uhr: Figar, Hochzeit

Schauspielhaus 1 1/2 Uhr: Peer Gynt

Theater i. d. Königgrätzer Str. 7.30: Die Eckfenster

Komödienhaus 7.30: Madame Pompadour

Berliner Theater 7.20: Madi

Deutsch Opernhaus 7 1/2 Uhr: La Traviata

Große Volksoper im Theat. d. Westens 7 1/2 Uhr: Barb. v. Sevilla

Intimes Theater 8 Uhr: Kleptomane

Neues Operett.-Th. 7 1/2 Uhr: D. neue Gilbert

Katja, die Tänzerin mit Margit Suchy

Neues Th. am Zoo 7 1/2 Uhr: Gilberts Oper

Dorine u. der Zufall Neues Volkstheater

Michael Kramer Renaissance-Th.

Kampf der Geschlechter Gastsp. Em. Reicher

Schiller-Th. Charl. 8 Uhr: Krieg im Frieden

Thalia-Theater 7 1/2 Uhr: Ein Jahr ohne Liebe

Th. a. Nollendorfpl. 7 1/2 Uhr: Die schön. Rivalin

RESIDENZ-TH. Täglich 8 Uhr: Alb. Bassermann in: Der Raub

Der Sabrierinnen

Trionon-Th. 8 Uhr: Professor Bernhardi

Kleines Theater Das stärkere Band

Walhalla-Th. 7.45 Uhr: Die Liebe geht um

Theater des Ostens (Rosa-Theater) 7 1/2 Uhr: Kaiserplatz 3 I.

Theater i. d. Königgrätzer Str. Täglich 7.30 Uhr Kreislers Eckfenster (Der wunderlichen Geschichten II. Teil.)

Volksbühne 7 1/2 Uhr: Das Wintermärchen

Lessing-Th. Heute u. morgen 7 1/2 Uhr: Königin Christine

Central-Theater 8 Uhr: Forsterchristel

Der Blaue Vogel Goldstraße 9 Nollendorfpl. 1613

Komische Oper 7 1/2 Uhr: Europa spricht davon!

WINGARTEN Varieté-Spielplan I

Möbel auf KREDIT bei kleinster An-Abzahlung

Gold-Silber-Platin-Edelstein, Schmuck, Uhren, etc.

Admirals-Varieté 7 1/2 Uhr: FEST der Bühnengenossenschaft

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin 54, Lindenstraße 83/85

Möbel auf KREDIT bei kleinster An-Abzahlung

Garderobe für Herren und Damen auf bequeme Teilzahlung

15000 Mark erb. Sie bei H. W. einig. Möbel

Korsette Verkauf Reparatur, Maßanfertigung

Die Abtreibung der Leibfrucht

Wohnungstausch in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts

FRIEDR. KRUPP Aktiengesellschaft Das Direktorium. Französischen Kugeln fielen im Frieden zum Opfer

Man vergleiche die Süßkraft von Süßstoff

Erfolg haben Inserate im Vorwärts

Verkäufe

Geigen, Klavier, etc. Verkauf

Musikinstrumente

Kaufgesuche

Werkzeuge u. Maschinen

Unterricht

Arbeitsmarkt

Vorwärts-Austrägerinnen